

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Einzelne Nummer 1 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Bei Abholung aus unserer Expedition Zimmerstraße 44 1 Mark pro Monat. Postabonnement 4 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1889 unter Nr. 866.)

Für das Ausland: Täglich unter Kreuzband durch unsere Expedition 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 4gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.

• Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106. •

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Auf zur Wahl!

Am heutigen Tage werden die Arbeiter für ihre demokratischen Vertreter in der Kommunalverwaltung an die Urne gehen.

Ueber die Wichtigkeit und die weittragende Bedeutung dieser Wahlen kann heute kein Zweifel mehr obwalten. Ihre Wahl ist seine Pflicht, und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Die sozialdemokratischen Kandidaten sind:

11. Wahlbezirk:

Fritz Jubeil, Tischler,
Waldemarstr. 73.

13. Wahlbezirk:

Otto Klein, Cigarrenhändler,
Ritterstr. 15.

14. Wahlbezirk:

Arthur Stadthagen, Rechtsanwalt,
Landsbergerstr. 62.

15. Wahlbezirk:

Franz Tuhauer, Stadtv., Möbelhändl.,
Köpnickerstr. 24.

17. Wahlbezirk:

Wilhelm Boerner, Cigarrenhändl.,
Ritterstr. 108.

24. Wahlbezirk:

Gustav Tempel, Gastwirth,
Breslauerstr. 27.

27. Wahlbezirk:

Otto Heindorf, Gastwirth,
Langestr. 70.

33. Wahlbezirk:

Emil Böhl, Gastwirth,
Frankfurter Allee 74.

35. Wahlbezirk:

Robert Herzfeldt, Expedient,
Fürdringerstr. 17.

41. Wahlbezirk:

Edwin Vogtherr, Kaufmann,
Landsbergerstr. 64.

42. Wahlbezirk:

Emil Gründel, Gastwirth,
Dresdenerstr. 116.

Der Parlamentarismus.

Die Blätter aller Parteien beklagen sich bitter über die unaufhörliche Beschlunsfähigkeit des Reichstages. In der That ist das bis dahin unerhörte Faktum zu konstatieren, daß der Reichstag in dieser Session erst einmal beschlußfähig war, und zwar bei der Präsidentenwahl. Die Verhandlungen über hochwichtige Fragen, die bis jetzt stattgefunden, haben sich vor leeren Bänken abgespielt.

Die Herren Kartellbrüder wollen sich die Sache eben so leicht als möglich machen; wozu unnötige Anstrengungen? Ob das Ansehen des Parlaments darunter leidet, was kümmert das diese Herren, nachdem sie, was sie für notwendig hielten, unter Dach und Fach gebracht haben? Sie spielen sich bei jeder Gelegenheit als „Patrioten“ auf; in diesem Augenblick ist ihnen aber nicht das Mindeste daran gelegen, ob der Reichstag dem Auslande das klägliche Schauspiel der Beschlunsfähigkeit bietet oder nicht.

Es scheint, als ob das Wort eines bekannten Staatsmannes: „Der Parlamentarismus muß durch den Parlamentarismus selbst zu Grunde gehen!“ sich erfüllen sollte. Denn die Verhandlungen des Reichstags verlieren für das große Publikum immer mehr an Interesse, seitdem sich, Jedermann einleuchtend, gezeigt hat, daß der Reichstag in Legung auf eigene Initiative völlig ohnmächtig ist.

Das ist freilich kein Zufall. Scharfblickende Leute haben schon 1871 vorausgesehen, daß der Parlamentarismus in Deutschland auf das Niveau kommen müsse, auf dem er sich gegenwärtig befindet.

Als man damals die Reichsverfassung beschloß und damit auch die Grenzen der Machtstellung des Reichstags zog, befand man sich in den Flitterwochen der neuen „liberalen“ Ära. Man sah alles im rosigsten Licht, denn die Erfolge des Krieges und der Goldstrom der fünf Milliarden hatten einen Freudentaumel erzeugt, der freilich bald genug einer kalten Ernüchterung Platz machen sollte. Man sah in der Diätenlosigkeit der Abgeordneten keine Gefahr für die Bedeutung und den Einfluß der Volksvertretung und verwarf den geeigneten Moment, die Diäten durchzusetzen. Hinterher hilft alles Geschwätz nichts mehr; die verbündeten Regierungen weisen die Forderung ab; der Reichskanzler sagt dazu: „Sie imponieren mir gar nicht!“ und all die wohlgeformten Reden der Damberger, Richter und Genossen beweisen nur, welche historischen Versäumnisse sich diese Herren auf die Schultern geladen haben.

Die Verfassung enthält, soweit sie sich auf den Reichstag und dessen Befugnisse bezieht, eine Menge Lücken, deren Konsequenzen die hochwohlweisen Herren Verfassungsmacher seinerzeit zu ziehen unterließen. Man war in Deutschland ungemein erstaunt, als sich unlängst herausstellte, wie es nach der Verfassung zulässig ist, daß Deutschland ein halbes oder gar dreiviertel Jahr ohne Volksvertretung

bleibt. Wollte man sich die Verfassung nur erst genau ansehen, so würde man noch mehr Lücken finden. Man denke nur daran, wie machtlos sich das Parlament schon mehr als einmal erwiesen hat, wenn es sich um den Schutz der Person von Abgeordneten gegen polizeiliche Uebergriffe handelte! In hundert Dingen beruht die Bedeutung des Parlaments lediglich auf dem Wohlwollen der Regierungen: wird ihm dies entzogen, so kommt es in eine schiefe Stellung, aus der sich dann die Mehrheitsparteien durch Nachgiebigkeit wieder zu befreien trachten. Wenn aber die Volksvertretung auf die Forderungen der Regierungen nicht eingeht, so muß sie deren Wohlwollen verlieren. Armes Parlament, das darauf angewiesen ist!

Dazu kommt noch ein anderer Faktor unseres politischen Lebens — der Militarismus. Die ungeheure Ausdehnung des Wehrsystems in der Ära des bewaffneten Friedens lastet wuchtig auf allen öffentlichen Verhältnissen; der Erwerb, die Volksbildung, die Entwicklung von Literatur und Kunst — Alles wird durch den bewaffneten Frieden beeinträchtigt. Nicht zum wenigsten die Volksvertretung. Wenn sie eine konstitutionelle sein soll, so muß sie den mächtigsten Faktor im Staate bilden. Aber sie ist es nicht. Der mächtigste Faktor im Staate ist derzeit ohne Zweifel die bewaffnete Macht. Neben ihr steht die Volksvertretung völlig im Schatten. Ohnehin hat sie sich selbst in Bezug auf die Gestaltung der umfassenden Militärorganisation die Hände gebunden und hat bewirkt, daß dieselbe einen schier selbstständigen Faktor im Staate ausmacht, der sich mehr und mehr von den übrigen Bestandtheilen der Bevölkerung absondert und sich zum privilegierten Stand herausbildet. Auch in diesem Punkte ist es nun zu spät; die Volksvertretung wird nicht so leicht mehr den Einfluß auf die militärischen Fragen bekommen, den sie einst besaß und so leicht aufgegeben hat.

Dazu kommt die Interessenpolitik der Kartellparteien — wer will sich noch wundern, wenn nachgerade die Bedeutung des Parlamentarismus dahinschwindet.

Wir wollen den Parlamentarismus an sich weder überschätzen noch unterschätzen. Aber der gegenwärtige Stand des deutschen Parlamentarismus kann nur den traurigsten Pessimismus hervorrufen. Es war vor 1887 nicht erbaulich, aber die Kartellbrüder haben seitdem ein Uebriges gethan.

Werden die nächsten Wahlen ein Resultat liefern, das uns hoffen läßt, daß die Schlappe der Volksvertretung einem frischen und lebendigen Zuge Platz machen wird?

Wer mag das wissen?

Der Parlamentarismus des Deutschen Reichs ist noch kaum zwei Jahrzehnte alt und gleicht schon einem Greise mit lahlem Haupt und wankenden Knien. Nur das Volk kann ihn verjüngen. Die aber, die sich über seine Altersschwäche wundern, beweisen damit nur, daß sie unsere Zeit nicht verstehen.

Feuilleton.

Germinal.

Sozialer Roman von Emile Zola.
Neu autorisierte Uebersetzung von Ernst Siegler.

Die Mabeude warf einen trostlos verzweifelnden Blick auf die beiden Männer:

„Also geh, Mann! Geh, laß Dich für die Anderen um Alles bringen! Mir ist's recht.“

„Aber ich versteh' ja nicht zu sprechen, ich werde Dummheiten reden.“

Stephan, glücklich, den Widerstand der Frau besiegt zu haben, klopfte ihm auf die Schultern:

„Du wirst sagen, was Du fühlst, und das wird das Beste sein.“

Bonnemort, dessen Beine anfangen, besser zu werden, schüttelte mit vollem Munde das Haupt. Es entstand eine Lachstille mit vollem Munde das Haupt. Es entstand eine Lachstille mit vollem Munde das Haupt.

„Rede, was Du willst, es wird doch sein, als wenn Du nicht gesagt hättest. Ich hab' das Alles durchgemacht. Vor vierzig Jahren ließ uns die Direktion hinauswerfen, wenn wir etwas wollten, und zwar mit Säbelhieben.“ Heute

werdet Ihr vielleicht vorgelassen, aber antworten wird man Euch nicht mehr wie die Wand da... Sie haben den Geldsack und ihnen ist Alles egal, sag' ich Euch.“

Wieder ward es still; dann erhoben sich Mabeu und Stephan, ließen die Familie in düsterem Schweigen vor den leeren Kellern, holten Pierron und Levaque, und alle Vier schoben sich zu Raffeneur, wo die Abgeordneten der verschobenen Kolonien gruppenweise eintrafen. Als die zwanzig Männer versammelt waren, kamen sie überein, welche Forderungen man dem neuen Tarif der Kompagnie gegenüberstellen wolle und dann machten sie sich auf den Weg nach Montsou. Der kalte Nordostwind piff über die Landstraße. Um zwei Uhr kamen sie in der Villa des Herrn Hennebeau an.

Querst sagte ihnen der Diener, sie sollten warten, schloß die Thür und ließ sie vor dem Hause stehen. Dann kam er zurück und führte sie in den Salon, dessen schwere Stoffdraperien er auseinander zog, so daß ein mattes Licht durch die Spigenvorhänge der Fenster fiel. Die Arbeiter, alle sehr sauber, in Tuchröcken, frisch rasirt, mit gelbem Haar und gelbem Schnurrbart, blieben verlegen in der Nähe der Thür; keiner wagte sich zu setzen, sie drehten ihre Mützen in den Händen und warfen scheue Blicke auf das reiche Mobiliar. Es war ein Gemisch aller Style, wie es die Mode mit sich brachte: Fauteuils Henri II., Stühle Louis IV., ein italienischer Schmudschranz aus dem sechszehnten Jahrhundert und ein spanisches Möbel aus dem vierzehnten; eine Altardecke hing über dem Marmor des Kamins, und Stidereien von alten Meßgewändern waren auf die Thürvorhänge appliquirt. Dieses alte Gold, die

mattgetönte Seide, all dieser Kapellenschnud löst den Leuten einen gewissen unbehaglichen Respekt ein, und die biden orientalischen Teppiche, auf denen sie standen, schienen ihnen mit ihrem hochgeschorenen Wollengewebe die Füße zu fesseln. Aber was sie am meisten überraschte und beengte, war die schwüle Wärme der Dampfheizung, die ihre vom Wind erstarrten Wangen glühen machte. Fünf Minuten verstrichen. Ihr Mißbehagen und ihre Verlegenheit in dem eleganten, überall geschlossenen Zimmer wuchs.

Endlich trat Herr Hennebeau ein, mit militärisch zugeknöpftem Rock, im Knopfloch das rothe Schleifen der Ehrenlegion. Er sprach zuerst:

„Ah, da seid Ihr... Ihr macht Revolution, wie es scheint...“

Und er unterbrach sich, um mit höflicher Ruhe hinzuzufügen:

„Setzt Euch, ich bin bereit, mit Euch zu reden.“

Die Arbeiter blickten auf die kostbaren Sitze; nur Einige hatten den Muth, Platz zu nehmen, während die Anderen stehen blieben.

Niemand sprach ein Wort. Hennebeau hatte seinen Fauteuil vor den Kamin gerollt, blickte sie Alle an und versuchte ihre Physiognomien und Namen im Gedächtniß zu behalten. Er hatte, in der letzten Reihe versteckt, Pierron erkannt, sein Auge blieb aber auf Stephan haften, der ihm gegenüber saß.

„Also, was wollt Ihr mir sagen?“

Hennebeau erwartete, der junge Mann werde das Wort ergreifen und war so erstaunt, Mabeu vortreten zu sehen daß er seiner Verwunderung nicht Herr werden konnte:

Korrespondenzen.

New-York, 7. November. New-York hat am Montag eine sozialistische Versammlung gehabt, wie sie seit der Bewegung im Jahre 1888 nicht mehr stattgefunden. Es handelte sich bei derselben freilich nicht um eine spezielle Parteiangelegenheit; die Tagesordnung lautete: „Die amerikanische und die rote Fahne.“

Gelegentlich der während des (zweiten) Parteikongresses in Chicago stattgehabten Volksversammlung soll nämlich nach den Berichten der kapitalistischen Presse die amerikanische Fahne ausgehissen worden sein. Selbstverständlich fiel die ganze Presse im Lande, die sich sonst in der Regel in vornehmem Stillschweigen hüllt, mit Bier darüber her, ohne später die von der Chicagoer „Arbeiter-Zeitung“, dann von der sonstigen sozialistischen Presse gebrachte Dementierung zu beachten.

Schwerlich hatte in Chicago wegen der Preshereien dem Bürgermeister einen Besuch abgestattet; bei dieser Gelegenheit ergab sich auch, daß dieses Stadthaupt des „Paris der Vereinigten Staaten“ keine Ahnung von einer (spezifisch amerikanischen) Erscheinung hatte, wie die Nationalistenbewegung ist, obwohl in Chicago selbst schon verschiedene Nationalistenclubs existieren; auch hatte er noch nichts von dem jetzt in mehr als 40 Auflagen erschienenen und 1 1/2 Hunderttausend Exemplare verbreiteten Buche Bellamy's: „Looking Backward“ gehört!

Jener Vorfall also bildete das Thema der Verhandlung, und es zeigte sich auch diesmal wieder, daß die Genossen stets, wenn außergewöhnliche Umstände vorliegen, am Plage sind. Eine andere Frage ist freilich, ob sie diesmal, wie man meint und wie zu wünschen wäre, sich wieder auf's Neue massenhaft der Partei attio anschließen. Die „N. Y. Volkzeitg.“ schreibt diesbezüglich das Folgende, dessen Wiedergabe erforderlich ist, um daran die nötigen Erläuterungen zu knüpfen, welche dem Leser eine Einsicht in die wirkliche Sachlage zu geben. Das Blatt schreibt:

„Diese Versammlung sowohl, wie auch die Konvention in Chicago haben aber auch gezeigt, daß dort wie hier, wie in allen größeren Städten und Industriezentren des Landes, die überwiegende Mehrzahl sozialistisch gesinnter Proletarier außerhalb der Parteio rganisation stehen. Während bei großen Demonstrationen, bei allen Gelegenheiten, wo es darauf ankommt, dem gemeinsamen Feinde gegenüberzutreten, Tausende in Reih' und Glied sich um das rote Banner scharen, zählen die Sektionen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in New-York nach Hunderten, in anderen Städten kaum nach Dutzenden.“

Warum ist dem so? Es würde uns zu weit führen, hier alle Gründe anzuführen. Die Mehrzahl derselben läßt sich auf Fehler zurückführen, welche die Sozialistische Arbeiterpartei selbst in der Form und Art ihrer Organisation und Agitation begangen hat. Der schlimmste dieser Fehler war unstreitig der, daß die Leitung der Partei nur zu lange einer Clique überlassen wurde, welche die Sache des Sozialismus zum Gespötte aller denkenden organisierten Arbeiter machte. Engherzige Selbstopolitik, Verleugung Andersdenkender, persönliche Stänkereien trugen das ihrige dazu bei, um gerade den ehrlichsten und thätigsten Sozialisten eine aktive Parteithätigkeit zu verleiden. Es war so. Heute ist aber die beste Hoffnung vorhanden, daß es fortan nicht mehr so sein wird. Die unwürdigen Ausschüsse, die sich auf dem Parteikörper gebildet hatten, sind zum Theil ausgeschnitten worden, zum Theil haben sie durch eigene Dummheit und Erbärmlichkeit Paritari begangen. Ein neuer, schaffender Geist belebt die Partei. Sie ruht jetzt auf der breiten, einzig wahren Basis des Klassenkampfes. Es giebt jetzt keinen Grund, keinen Vorwand mehr für irgend einen sozialistisch denkenden Proletarier, sich von der Organisation der Sozial. A. P. fernzuhalten. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben uns gezeigt, daß die sozialistische Plattform diejenige ist, auf welcher die Arbeiterpartei der Zukunft gegründet werden und sich entwickeln muß. Je mehr ehrliche und thätige Elemente sich rechtzeitig um das sozialistische Banner scharen, desto rascher und kräftiger wird sich die politische Klassenbewegung entwickeln.“

Es ist in dieser Darstellung Wahres und Falsches durcheinander gemischt. Denn daß die große Mehrzahl der Sozialisten dieses Landes außerhalb der Organisation stehen, ist durchaus nicht neueren Datums; dies war der Fall, als Schewitsch und andere derjenigen Genossen in der National-Exekutiv haben, welche heute der frohen Hoffnung sind, daß durch die stattgehabte „Reorganisation“ ein Umschwung eintreten werde. Der Grund, daß sich die große Masse der Sozialisten nicht aktiv an der Partei beteiligte, lag stets „tiefer“, als in der Form und Art der Organisation und Agitation; diese haben so häufig gewechselt, daß man wohl sagen kann, es sei schon Alles versucht worden, um die Bewegung in Fluß zu bringen. Und so lange Schreiber dieses im Lande ist, haben die betreffenden Genossen (speziell Jonas und Schewitsch) stets einen solchen Einfluß bei den Sozialisten in New-York sowohl wie im Lande gehabt (wobei ihnen zudem die „New-Yorker Volkszeitung“ mit ihrer im ganzen Lande verbreiteten

Wochenausgabe zur Verfügung stand, welche bis zur Herausgabe des „Sozialist“ 1888 zu dem als quasi offizielles Parteiorgan fungierte) daß sie mit etwaigen Vorschlägen wohl stets durchgedrungen wären. Und das ist, so viel mir erinnerlich, auch schon der Fall gewesen.

Der eigentliche und einzige Grund, weshalb sich stets nur ein etwas größerer oder geringerer Theil der Sozialisten im Lande aktiv an der Partei beteiligte, ist (wie ich auch schon bei früheren Gelegenheiten dargelegt), daß die Leute Lust und Muth verloren, als sie sehen mußten, wie alle Arbeit so vergeblich war, wie es nach gelegentlichen Anschauungen immer wieder so jämmerlich zusammenklappte. Solcher Perioden hat es diverse gegeben, und die letzte war der Rückschlag nach der Henry George-Bewegung. Während dieser war das Parteileben ein recht erfreuliches, und es ist anzunehmen, daß, wären durch den Einfluß George's die englisch sprechenden Arbeiter — soweit sie überhaupt für eine selbstständige politische Aktion disponirt waren — in fortwährender Richtung weiter marschirt, und die Bewegung hätte sich über das ganze Land ausgebreitet: so hätte unsere Partei trotz oben angeführter Umstände einen außerordentlichen Aufschwung genommen.

Es wird in dem zitierten Artikel der „V. Z.“ als schlimmster Fehler, durch welche die Partei zurückgegangen, der angegeben, daß die Führung der Partei zu lange einer Clique überlassen wurde etc. Hier ist nun zu bemerken, daß nur ein einziges der vier anstößigen Mitglieder des Exekutiv-Komitees, Rosenberg, sich schon längere Zeit in demselben befand, während die übrigen erst im Laufe der letzten beiden Jahre gewählt wurden. Davon ist Gerede überhaupt erst seit ca. anderthalb Jahren im Lande. Und hier muß ich einen Punkt berühren, der sehr ins Gewicht fällt, der aber wenig in Beachtung gezogen worden ist bei Beurtheilung der hiesigen Parteiverhältnisse.

Vor Erlass des Ausnahmegesetzes in Deutschland nämlich konnte, obwohl eine sozialistische Presse schon vorhanden war, von der Existenz einer sozialistischen Arbeiterpartei in Amerika kaum die Rede sein; sie wurde erst durch die Ueberfiedlung der Ausgewiesenen neu belebt. Und das hat sich bis in die neueste Zeit fortgespielt, nur in entsprechend schwächerer Weise. Alle Genossen, wenn sie herüberkommen, beteiligten sich eine längere oder kürzere Zeit mit dem gewohnten Eifer an der Bewegung, bekommen insollgedessen auch mit Vorliebe die diversen Parteiamter aufgeschleppt, bis sie, gleich ihren Vorgängern, der Sitzungs-Arbeit müde werden und neuen Ankömmlingen den Platz räumen. Ohne diesen fortwährenden Zuwachs anregender Elemente wäre die Partei nicht einmal das geworden, was sie in der Periode zeitweilig war (wobei indessen nicht ausgeschlossen ist, daß die Sozialisten an einzelnen Orten je nach den Umständen Erfolge erringen konnten). Diese „Grünen“ waren aber in den Augen der länger im Lande befindlichen Genossen andererseits schuld, daß die Partei sich zu wenig „amerikanisirt“, und so bestand zwischen diesen und jenen stets ein gewisser Gegensatz, der nur in Zeiten irgend eines neuen Aufschwungs in der allgemeinen Arbeiterbewegung in den Hintergrund trat. Jener Zuwachs hat in der letzten Zeit so ziemlich aufgehört, und das ist ein Hauptgrund, weshalb das Streben nach einer Reorganisation der Partei auf „breitester Basis“, besonders in den großen stark deutschen Städten die Oberhand gewann.

Ob die Partei damit einen neuen Aufschwung nimmt, wie man sich verspricht, muß sich in nächster Zeit zeigen. So viel wie sich die Situation übersehen läßt — aus den Parteiblättern ist dies nicht möglich, da dieselben hüben und drüben sehr „einseitig“ berichten — wird ein großer Theil der Sektionen vorläufig gänzlich aus dem Parteiverband treten. Die 23. September-Kongresse werden dann nicht viel mehr bedeuten, und die Breitbasigruppe auch nicht — d. h. als Partei. Das wird sich so einige Zeit hinziehen, bis wieder einmal ein kleiner „Bull“ in der Arbeiter-Bewegung im Anrücken ist, dann kommt ein allgemeiner Vereinigungskongress und die Sache kann von vorne anfangen, bis — aus dem amerikanischen Volke selbst heraus die sozialistische Bewegung ins Leben tritt! Dann werden wir noch Freude erleben!

Vielleicht ist es Burns — bezüglich dessen kürzlich in einer Sitzung der hiesigen Central-Labor-Föderation angeregt wurde, ihn zu einer Agitationstour einzuladen — vorbehalten, den ersten Anstoß zu geben!

Wie ich vor etwa einem Jahre berichtete, hatten damals die Anarchisten den Versuch gemacht, die November-Feier in ihrem Interesse auszunutzen, was ihnen aber nicht gelang. Dieses Jahr hatten sie — hier in New-York — besseren Erfolg, indem sie, da sich in der sozialistischen Partei gerade die früher geschilderten Ereignisse abspielten, die Arrangements in die Hand nahmen und die übrigen Arbeiterorganisationen sich damit zufriedengaben. Wir werden also am 11. November das zweifelhafteste Vergnügen haben, Mosk's satism bekannte Phrasen hinunterwürgen zu müssen. Derselbe hat es übrigens neulich fertig gebracht, den Anarchismus „wissenschaftlich“ zu begründen!

als sie sahen, wie der Direktor eine heftige Geste machte, als wolle er den Redner unterbrechen.

Naheu ließ ihn übrigens nicht zum Sprechen kommen. Jetzt war er im Zuge, und die Worte fanden sich ganz von selbst. Zuweilen war er erstaut, sich so reden zu hören, als wenn es ein Anderer gewesen, der aus ihm gesprochen. Es waren Dinge, die sich in seiner Brust aufgestaut hatten, ohne daß er darum wußte, und die das mächtige Anschwellen seines Herzens herausdrängte. Er sprach von ihrem gemeinsamen Glend, von der schweren Arbeit, dem erbärmlichen Leben, von Frau und Kindern, die zu Hause darben. Er nannte die letzten durch Strafgebelter und Feiertage gekürzten Löhne, die sie weinend den Thren heimbrachten. Wollte man sie denn zu Grunde richten?

„Wir sind also gekommen,“ schloß er, Ihnen zu sagen, Herr Direktor, daß, wenn wir schon verhungern sollen, so ist es uns noch lieber, wir verhungern beim Nichtstun, da sparen wir wenigstens die Ermüdung. . . Wir haben die Arbeit eingestellt und wir kehren nicht wieder in die Grube zurück, ehe die Kompagnie unsere Bedingungen annimmt. Sie will den Preis herabsetzen und das Holz bezahlen; wir wollen, daß alles beim Alten bleibt und daß man uns fünf Centimes per Karren mehr giebt. . . Jetzt ist es an Ihnen, zu sehen, ob Sie für die Gerechtigkeit sind und für die Arbeit.“

Einige Stimmen wurden laut: „Das ist es. . . Er hat unsere Gedanken ausgedrückt! Wir wollen nichts, als was gerecht ist!“

Anderer, ohne zu sprechen, nickten energisch mit dem Kopfe. Jetzt hatten sie das glänzende Zimmer vergessen, in dem sie sich befanden, mit seinen Gold- und Seidenstickereien, den geheimnißvoll alten Sachen und dem Leppich, den ihre schweren Schuhe breitdrückten.

„Laßt mich doch antworten!“ rief Herr Hennebeau, böse werdend. „Zunächst ist es nicht wahr, daß die Kompagnie bei der neuen Löhnung zwei Centimes gewinnt. . . Reden wir einmal von Zahlen. . .“

Eine Diskussion entstand. Der Direktor, um eine Meinungsverschiedenheit zwischen ihnen hervorzurufen, sprach Pierron an; doch dieser stotterte ein paar verlegene Worte

Politische Uebersicht.

Zur Vorgeschichte des Sozialistenprozesses schreibt die „Eberl. Fr. Pr.“: Die Vorgeschichte des am Montag, den 18. November, zur Verhandlung kommenden Sozialistenprozesses reicht bis in das Jahr 1881 zurück. Damals wurde von der kgl. Staatsanwaltschaft eine Untersuchung gegen den Kommissionsärz Hugo Hillmann und Genossen wegen Theilnahme an einer geheimen Verbindung auf Grund der §§ 128 und 129 des Strafgesetzbuches eröffnet. Es handelte sich insbesondere um die Beschädigung des sozialdemokratischen Kongresses am Schloß Wyden in der Schweiz. Die Untersuchung verlief indessen resultatlos, da den Angeklagten nichts Strafbares zur Last gelegt werden konnte. Seitens der politischen Polizei wurde indessen seit jener Zeit alles Mögliche angestrengt, um einer gemeingefährlichen, geheimen sozialistischen Verbindung auf die Spur zu kommen. Diese Bestrebungen waren indessen von keinem Erfolg, denn die unter polizeilicher Ueberwachung genommenen Persönlichkeiten boten zu einem gerichtlichen Einschreiten keinen Anlaß; im Gegentheil mußte die Behörde verschiedene ihrer Agenten wegen Amtsübergriffen und höchst moralischer Bedenken ihrer Aemter entheben. In der Zwischenzeit war in Eberfeld-Warmen unsere Arbeiterzeitung, die „Freie Presse“ gegründet worden. In dem Geschäft der „Freien Presse“ wurden zwei Persönlichkeiten angestellt, welche den an sie herantretenden Anforderungen nicht genügt und insfolgedessen entfernt wurden. Aus Groll über agitierten dieselben gegen das Weiterbestehen anderer Organe und insbesondere gegen dessen Verleger, den Reichstagsabgeordneten Fr. Harm. Es ist unseren Lesern bereits bekannt, daß alle diese Rationationen zu nichts führten, doch im Gegentheil der Reichstagsabgeordnete Harm glänzte sich rechtfertigt aus der ihm betreffenden Anklagesache hervorzuzwingen.

Niemand ahnte, daß irgend eine Ursache zu geschicktem Einschreiten gegen die Wuppertaler Sozialdemokraten vorhanden sei, als plötzlich am Dienstag nach Ollern, am 3. April 1888, Hausvisitationen bei 330 in Landgerichtsbezirke lebhafte Personen vorgenommen wurden. Eine Anzahl (15) von Männern wurde verhaftet, einige von ihnen sogar Nachts aus den Betten geholt und 3 Monate in strenger Untersuchungshaft gehalten und nur gegen Erlegung bedeutender Kautionen, die insgesammt zu Summe von 10 000 M. erreichten, freigelassen. Von den mit der Hausvisitation Bedachten und in die Untersuchung Hineingezogenen mußte die Staatsanwaltschaft aus Mangel an Belastungsmomenten nach Abschluß der Voruntersuchung außer Verfolgung setzen, während gegen die Uebrigen des Strafverfahren wegen Vergehens gegen die §§ 128 und 129 des Strafgesetzbuches eingeleitet wurde. Auch von ihnen wurden nach Beschluß der Strafkammer des königl. Landgerichts 72 von dem Strafprozedur ausgeschlossen. Nur gegen 56 Personen eröffnete die Strafkammer zu Eberfeld das Hauptverfahren. Gegen diese Beschluß, der unter Anderem auch die Reichstagsabgeordneten Schumacher und Grillenberger von der Anklage ausschloß, erhob die königliche Staatsanwaltschaft Beschwerde bei dem Oberlandesgericht in Köln. Es sind daraufhin wieder mehrere vorher erwähnten 72 Anhänger der Arbeiterpartei auf's Neue in Untersuchung genommen, so die Reichstagsabgeordneten Grillenberger und Schumacher; außerdem aber ist nun auch der Reichstagsabgeordnete Bebel mit unter Anklage gestellt worden. Die Zahl der endgiltig der Strafkammer zu Eberfeld zur Aburtheilung Ueberwiesenen beträgt nunmehr 91. Die Namen werden wir unsern Lesern, sobald die öffentliche Verhandlung begonnen, mittheilen. Das Interesse der politischen Welt ist inzwischen auf das Wuppertal gewandert und die Sympathie weiterer Kreise den Angeklagten zugewandt.

Aber die Staatsanwaltschaft begnügte sich nicht mit dem Wuppertal, „das ganze Deutschland soll es sein“ meinte die Staatsanwaltschaft und so gab sie sich denn die Mühe nach und nach, im Süden wie im Norden, im Osten wie im Westen, sie fierte viele viele Alten durch, ließ auch noch mehr Wohnungen behausuchen wo irgendwie und irgend wann einmal hätte vermuthet werden können, daß sozialdemokratische Schriften vielleicht Eingang gefunden hätten. Und glücklicherweise die Suche, denn das zusammengeschickte Material soll recht riesig groß sein. Ob es Werth hat? — das ist eine andere Frage, die sich bald genug selbst beantworten wird. 91 Angeklagte werden erscheinen, viele von ihnen kommen von weiten Ferne, sie verlassen ihr Heim, ihre Familie, ihre Arbeit, ihre Freunde 5-6 Wochen lang, mitten im Winter, und sie werden noch nicht, ob sie Weihnachten, das Fest der Freude, im Hause der Thrigen verleben werden. — Auch eine Weihnachtsfeier — welche dem Sozialistengesetz zu verdanken ist. Ohne diese wären keine Geheimbundsprozesse, keine Hausdurchsuchungen, keine Verhöre, keine Untersuchungsgefängnisse, keine Anklagen. Im Laufe des heutigen und morgigen Tages kommen sie auf den Flügeln des Dampfes herbeigewandert, alle, die in den Prozeß verwickelt sind, von Norden, Osten und Süden, um sich im Westen zu verantworten wegen Vergehens

und versteckte sich wieder hinter den Anderen. Levaque gegen war einer der Heftigsten, redete viel durcheinander behauptete Dinge, die er nicht verstand. Alle ereiferten sich, die reichen Vorhänge aber singen dämpfend das vielstimmige Gemurmel auf.

„Wenn Ihr Alle zugleich redet,“ rief Herr Hennebeau, „werden wir uns nie verstehen.“

Er hatte wieder seine Ruhe gewonnen und die ungegänglich kalte Höflichkeit des Beamten, welcher die Funktionen respektirt wissen will, die ihm von oben ertheilt worden. Seit Beginn der Unterredung verlor er Schritt nicht aus dem Auge und hatte nicht aufgehört, zu forschen, den jungen Mann aus seinem beharrlichen Schwärmen zu reißen. Mächtig ließ er den Streit um die zwei Centimes fallen und fuhr fort:

„Nein, sagt doch die Wahrheit, nicht darum handelt es sich: Ihr gehorcht nichtswürdigen Aufreizungen, denn es Bestuhung weßt durch viel Arbeiterdirtel und steckt die Arbeit an. . . D, mir macht niemand etwas weis. Ihr, die ihr so ruhig gewesen, so pflichttreu und ergeben, Ihr seid nicht Butter als Brot versprochen; hat Euch vorgemacht, daß die Arbeiter die Reihe gekommen sei, die Herren zu spielen. Ich wette, Ihr werdet von der „Internationale“ angeworben dieser Armee von Laugenschneidern, deren Traum die Zerstückung der Gesellschaft ist. . .“

Jetzt unterbrach ihn Stephan: „Sie täuschen sich, Herr Direktor; nur ein paar Minenarbeiter von Montsou sind bisher der Internationale beigetreten; doch wenn man sie dazu drängt, werden sie Gruben sich ihr ergeben. Das hängt von der Kompagnie ab.“

Jetzt begann ein Einzelkampf zwischen Herrn Hennebeau und ihm, ein Wortgefecht, das niemand unterbrach, so, als wenn die Anderen nicht dagewesen wären.

Die Kompagnie ist eine Vorsehung für ihre Leute, hat sie 300 000 Franks ausgegeben, um Arbeiterwohnungen zu bauen, welche ihr nicht zwei Prozent einbringen. Ich spreche nicht von den Pensionen, welche sie giebt, nicht von

Coulaert unterzeichnet. Darin erklärte er, daß die beiden Spigel direkt in das Finanzministerium gegangen und bei dem Hinausgehen den Minister Devolder getroffen hätten. Das letztere bestritt der Minister und der Portier, wie der Bediente des Herrn Bernaert bestätigten die Angabe des Herrn Devolder. Der dieselbe neu vernommene Spigel Coulaert erklärte, sich dieser Vorgänge nicht mehr zu erinnern, bestritt die Richtigkeit des Protokolls und wollte es nur aus Gefälligkeit gegen die öffentliche Sicherheit unterzeichnet haben. Was an allem wahr, wird sich noch zeigen. Das Ministerium müht sich, alle Schuld der öffentlichen Sicherheit aufzubürden, und auf diese Weise sich der beiden obersten nicht gefügigen Beamten zu entledigen.

Amerika.

Ueber die Revolution in Brasilien liegen folgende Nachrichten vor:

Rio de Janeiro, 16. November. Die provisorische Regierung hat heute Mittag ein Manifest erlassen, in welchem sie die Monarchie für abgelehnt erklärt und ihre Absicht kundthut, jede Unordnung vermeiden zu wollen. Das Manifest erklärt ferner, die provisorische Regierung habe aus den einzelnen Provinzen Brasiliens zahlreiche Zustimmung- und Anerkennungserklärungen erhalten. Der frühere Präsident des Ministerraths ist verhaftet worden. Der Kaiser soll, wie es heißt, mit der größten Rücksicht behandelt werden.

Rio de Janeiro, 16. November. Wie es heißt, werden der Kaiser und die Mitglieder der kaiserlichen Familie sich morgen nach Europa einschiffen.

Paris, 17. November. Nach hier eingegangenen Telegrammen aus Rio de Janeiro wird der Kaiser in seinem Palais gefangen gehalten und hat auf die Anzeige, daß er des Thrones entsetzt sei, aber eine Dotation erhalten werde, erwidert, er werde nur der Gewalt weichen. Die Mehrzahl der Provinzen scheint der Gründung einer Föderativrepublik zustimmen zu wollen. Der Finanzminister hat erklärt, alle Verträge und Abmachungen würden aufrecht erhalten werden. Die Bevölkerung verhält sich ruhig. Der Handel ist gestillt.

Rio de Janeiro, 17. November. Der Kaiser hat heute Vormittag die Reise nach Europa angetreten.

Lissabon, 17. November. Die portugiesische Korvette „Bartolomea Diaz“ hat Befehl erhalten, nach Brasilien in See zu gehen.

Versammlungen.

Eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Wähler des 24. und 27. Kommunalwahlbezirks fand am Freitag, den 15. November im Böhmischen Brauhaus statt. Nach Wahl des Bureau aus den Herren Berndt, Morbach und Barth referirte Herr Vogtherr über die bevorstehenden Kommunalwahlen. Derselbe wies auf sämtliche Mißstände und Ungerechtigkeiten in der jetzigen Stadtverwaltung hin, führte aus, wie dieselben beseitigt werden könnten, und kommt zu dem Schluß, daß nur die Sozialdemokratie gewillt sei, Wandel zu schaffen. Pflicht eines jeden Wählers sei es deshalb, am Tage der Wahl einem sozialdemokratischen Kandidaten seine Stimme zu geben. Die Diskussion gestaltete sich infolge der Theilnahme eines Herrn Lehmann (Demokrat) und Pries (Deutschfresser) ziemlich lebhaft. Ersterer war mit dem Referenten im Großen und Ganzen einverstanden, glaubt aber nicht, daß die Sozialdemokratie ihr Ziel in der Stadtverwaltung erreichen werde. In der Stadtverwaltung seien die Grenzen zu eng gezogen. Herr Pries vertheidigt die

heutige Stadtverwaltung und deren Finanzwirtschaft. Nur durch das Privatkapital seien Institute wie die Pferdebahn, Elektrische Werke u. s. w., möglich; ohne Großkapital kein Kulturfortschritt! Den nachfolgenden Rednern fiel es nicht schwer, die Bedenken des Herrn Lehmann zu zerstreuen und den Herrn Pries gründlich zu widerlegen und ihn zu beweisen, daß die Welt wohl ohne Privatkapital bestehen und vorwärtschreiten könne, nicht aber ohne Arbeit. Es sprachen in diesem Sinne die beiden sozialdemokratischen Kandidaten Tempel und Heindorf, ferner die Herren Paul Schneider, Neuhaus, Meier und Berndt. Bei den Ausführungen des letzteren wurde die Verammlung auf Grund des bekannten § 9 aufgelöst. Ein Theil der Versammelten wollte in den übrigen Restaurationsträumen noch Aufenthalt nehmen, doch wurde ihnen das von den Beamten nicht gestattet.

Eine gut besuchte Kommunalwähler-Versammlung für den 33. und 35. Kommunalwahlbezirk fand am Donnerstag, den 14. November, in Lehmann's Salon Schwedterstraße, unter Leitung der Herren Koppmann, Heidmann und Thamm mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Referenten Emil Böhl und Robert Herzfeldt. Referent Herr Böhl führt aus, daß die heutige Agitation eine intensivere ist, wie vor 8 Jahren. Er betont, daß der Wahlmodus zu den Stadtverordnetenwahlen ein sehr schlechter ist, denn mancher Arbeiter sehe seine Existenz dabei aufs Spiel. Er beleuchtet das heutige Schulwesen, wie auch die Verhältnisse der Pferdebahn-, Gas- und Elektrischen Gesellschaft. Im weiteren hebt er die Gewerbe-Schlichtergerichte hervor. In allen diesen Sachen müsse eine gründliche Reform geschehen. Herr Herzfeldt unterzog das Flugblatt der Bürgerpartei einer scharfen Kritik. In demselben sei weiter nichts enthalten, als ein Hechtartikel gegen den Abgeordneten Singer, welcher als jüdischer Millionär den Wählern vor die Augen geführt wird. Referent glaubt, daß, wenn wir erst unter des Herrn Vogtherr's Regie stehen, uns die Peitsche näher ist als das Brot. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Redner, welche alle im Sinne der Referenten sprachen. Von den Gegnern war der Stadtverordnete Langbucher erschienen, welcher sich jedoch nicht zum Wort meldete. Es wird schließlich folgende Resolution angenommen: „Die heute, den 14. November, tagende Kommunalwähler-Versammlung des 33. und 35. Kommunalwahlbezirks beschließt, mit aller Energie am 19. Nov. dafür einzutreten, daß die Kandidaten der Arbeiterpartei mit großer Majorität gewählt werden.“ Nachdem unter Verschiedenem noch beschlossen worden, das Lokal des Herrn Puhlmann und das Zeitmann'sche Lokal in der Brunnenstraße zu meiden, weil sie dasselbe nicht zu Versammlungen hergeben, schließt die Versammlung mit einem Hoch auf die Kandidaten und die internationale Sozialdemokratie.

Eine kombinierte Versammlung für den 13., 14., 15. und 17. Kommunalwahlbezirk tagte am Donnerstag, den 14. d. M., in Klein's Festhallen, Oranienstraße 180. Ins Bureau wurden gewählt die Herren Kräder, Pohl und König. Herr Stadthagen war nicht erschienen und so referirte nur Herr Stadth. Lühauer über die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Er fand für seine Ausführungen den lebhaftesten Beifall der Versammlung. In der Diskussion kritisirte Herr D. Klein das System der Freisinnigen, Gegner in ihren Versammlungen nicht zu Wort kommen zu lassen. Er geht die Weiterentwicklung der jetzigen Vertreter im Rathhaus, verlangt bessere und gerechtere Armenpflege, verwirft das Vorziehen sogenannter verklärter Aamen — richtiger unerschämter Arme — und bittet, am Tage der Wahl möge jeder Einzelne frei für seine Meinung einstehen. Hierauf spricht Herr Tempel, Kandidat für den 24. Bezirk. Nach ihm Herr

Sattlerstr. Berg. Er schließt sich den Ausführungen der Referenten und des Herrn Klein an und kommt bei der Rede der freisinnigen Mannesleuten auf Herrn Stadth. Rechtsamts Sach's hauptsächlich zu sprechen. Mit einem im fortgeschrittenen Bezirkverein des 15. Bezirks gehaltenen Ausspruch des Vorsitzenden: „Was wollen die Sozialdemokraten? Nichts, als gut essen und trinken!“ erheitert Redner alle Anwesenden. Zum Schluß ergeht sich der Redner in einer vernichtenden Kritik der gongzen freisinnigen und bürgerparteilichen Stadtverordneten. Herr Schuhmachermstr. Wegner geht auf das Gebiet der religiösen Anschauungen über und betont: „Wo die Wissenschaft herrscht, muß der Glaube aufhören.“ Redner spricht über die Schul-, Deliquente Selbsthilfe und die Passanten-Strafverurteilung. Er verlangt als Pflicht der Stadtverwaltung, für Volksbäder Sorge zu tragen. In seinem Schlußwort spricht Herr Lühauer seine Meinung dahin aus, daß der 15. und 17. Bezirk unsere ganze Kraft breuche, deshalb sei Jeder auf dem Posten am Tage der Wahl. (Bravo.) Ein Antrag, das Bier der Berufsvereine nicht eher zu trinken, als bis der Saal in Niederhöflichkeit zu haben ist, wird einstimmig angenommen. Herr Klein noch bekannt machen, wo sich die Quartiere der Kommission am Tage der Wahl befinden. Hierauf schließt die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Eine zahlreich besuchte Versammlung des Bezirksvereins der Tischler (Berlin Nord) tagte am Dienstag, den 5. d. Mts., Schwedterstr. 23. Die Tagesordnung lautete: 1. Das Koalitionsrecht und dessen Bedeutung für die Kampfe der Arbeiter. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Der Referent, Herr Glode, sagte in der Hauptfrage folgendes: Seit 1863 ist die deutsche Arbeiterbewegung in Fluch gekommen. Die rein politischen Ziele fesseln aber zunächst die Arbeiter nicht in vollem Maße, sie wandten sich den Gewerkschaften zu. Im Jahre 1865 war die Forderung des Koalitionsrechts bereits auf der Tagesordnung. 1867—1868 fanden große Gewerkschaftskongresse statt und 1869 bemüht man die Gewerkschaften und das Koalitionsrecht. Als die Gewerkschaften in schönsten Aufblühen befanden, kam 1870 das Ausnahmegezet: Alles wurde aufgelöst. Vor wenigen Jahren erschienen wieder die Putzamer'schen Gesetze, die das Fortbestehen eines Vereins in das Belieben der Behörde legten. Das beweisen die Prozesse der Töpfer und Maurer. Die Arbeiter verlangen volle Koalitionsfreiheit: Sowie die Jünste und Unwissen der Hebel waren, mit dem die Feudalherren zum Falle gebracht, so seien die Gewerkschaften berufen, die Produktion in die Hand zu nehmen und der Emanzipation der Arbeiterbevorzugung vorzuarbeiten. Die Gewerkschaften sind die beste Schule für den Arbeiterstand (Beifall). An der Diskussion beteiligten sich die Herren Mertens und Böbling. In die Verfassungskommission wurden die Hrn. Gerrard, Sminemünderstr. 130, und Saffran, Anklamerstr. 26, gewählt. Herr Roggemann führte aus, daß in der Müller'schen Werkstatt, Ruppinerstr. 5, drei Tage Lohn einbehalten würden. Nach langer Diskussion wurde beschlossen, die Kollegen der betreffenden Werkstatt zur nächsten Versammlung einzuladen, falls die „drei Tage“ bis dahin nicht gehalten sein sollten. Ein Kollege aus der Kappler'schen Werkstatt, Gesundbrunnen, erwähnt, daß die Kollegen daselbst, als er der Zahl, das Ansinnen des Prinzipals, den Werkführer zu entlassen, einmüthig durch einstägigen Streik zurückgezwungen hätten. Ein anderer Kollege berichtet von seiner Verhaftung Reinoldsdorferstraße, daß die Arbeiter dort geregelte Arbeit ohne Widerstand des Meisters eingeführt hätten. 24 Mitglieder wurden aufgenommen.

Theater.

Dienstag, den 19. November.
Spernhaus. Martha, oder: Der Markt zu Richmond.
Schauspielhaus. Wilhelm Tell.
Deutsches Theater. Der Sohn der Wildniß.
Leistung-Theater. Der Jaungast.
Berliner Theater. Tyra, Jugendliebe.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Volengraf.
Asiden-Theater. Schwiegermama.
Wallner-Theater. Verfolgt! Border: Der Herr von Rohengrin.
Viktoria-Theater. Stanken in Afrika.
Ohnd-Theater. Jenny Walkmann.
Schaubühne-Theater. Der Zauberlehrling.
Börsenstädtisches Theater. Der Glöckner von Notre-Dame.
Festral-Theater. Leute von heute.
Adolph-Greif-Theater. Flotte Weiber.
Gebr. Richter's Variete. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Gr. Spezialitäten-Vorstellung.

Circus Renz.

Rachstraße.
Seute, Dienstag, den 19. November 1889,
Abends 7 Uhr:
Aschenbrödel,
oder: **Der gläserne Pantoffel.**
Großes phantast. Zaubermärchen mit Aufzügen, Tänzen und Gruppirungen. Arrangirt und in Szene gesetzt v. Direktor E. Renz.
Die großartigen Trampolin-Sprünge. Auftreten der renommirten Künstlerfamilie Briatore. Die beiden arab. Volldblutpferde „Emir“ und „Dim Dashi“, als Gastronompferde, dressirt und vorgeführt von Herrn Franz Renz. Auftreten der Schultzeitain Fräul. Guerra. Reitkünstlerin Fräul. Stierach, Geschw. Desford und Madm. Braddury. Hr. Reiville als großartiger Reiter. Hr. Regge mit seinem höchst komischen dreifürten Fiel.
Morgen: Vorstellung.
E. Renz, Direktor.

Circus Busch.

Friedrich-Retz-Str.
Seute, Dienstag, den 19. November 1889:
Abends 7½ Uhr:
Große Vorstellung.
Zum 10. Male:
Fatme, die Rose von Tripoli,
Orientalische Original-Ausstattungs-Pantomime. (Gespielt geschützt).
Diopantus, engl. Volldblut, geritten von Frau Direktor Busch. Haches Red v. Mr. Stelling. 12 Hengste, vorgeführt v. Direktor. Fr. Maria Doré als Jodler. Debut der neu engagierten Klown Tom Tom. Spring-Entree vom Klown B. Dschandly. Ferner Auftreten der besten Reiter und Reiterinnen.

Bitte lesen Sie!

Im Verkauf verfallene
Winter-Paletots,
sowie Jacke, einzelne Jaquets, Westen, Damen-Röckel und Kleider, Hüte, Stiefel, Böse, Uhren, Ketten, Ketten- u. Goldketten u. Alles in alt und neu sehr billig zu verkaufen bei [1745]
A. Wergien, Thalitzerstr. 127.
Bitte recht genau auf Namen und Nummer zu achten.
Für reelle Bedienung bürgt mein seit 18 Jahren bestehendes Geschäftserkenntnis.

Empfehle mein Geschäft in frischen Blumen und Kränzen.
Robert Meyer,
Nr. 2 Mariannenstraße Nr. 2.

Teppiche, Möbelstoffe, Gardinen, Läufer und Linoleum.

Verkauf zu Fabrikpreisen.
Großes Lager von Portièren, Raisen- und Tischdecken.
Stoehr & Behr, Berlin N., 2 F. Chausseestraße 2 F.

Lager v. Rathenower Brillen u. Pincenez.

Bruchbänder, Reißbinden, Nadelbandagen, Bandagen, pädische Maschinen, Korsetts, künstl. Arme u. Gelenke, Mastdarm- und Vorkast-Bandagen, Frücken, Videts, Stechbrillen, Gummistrümpfe, Krankenwagen u. empfehlen zu soliden Preisen.
Müller & Co., Berlin S., Prinzenstr. 42, part. 1.
Lieferanten sämmtl. Orts- und freien Hilfs-Krankenkassen.

G. A. Bittner,

Lager v. Nähmaschinen
sämmtl. Systeme. [827]
Hauptgeschäft:
Alexanderstr. 65.
Filialen:
Andreasstraße 77b.
Al. Franzstr. 23 24.
Singer-Patent-Universäl-Nähmaschine m. d. neuesten Baneten. i. Weh'or-Wilson zur Wäscheherstellung. Ringschiff-Nähmaschine für Tentage.

581
Sophabezüge!
Beste von 3½—5 Meter spottbillig.
Emil Lafèvre, Oranienstr. 188.

R. Kohlhardt

Buchhandlung und Buchbinderei
Mariannenstr. 34
parterra.
Zu Weihnachte-Geschenken passend empfehle ich mein Lager von
Jugendbüchern u. Bilderbüchern
sowie
Spiel- u. Schreibwaaren.
Lieferung sämmtlicher wissenschaftlicher Werke und Zeitschriften.

Rohtabak A. Goldschmidt,

Spandauerstr. 6.
am diefigen Plage bekanntlich [1853]
Größte Auswahl.
Garantirt sicher brennende Tabake.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise!
Sämmtliche im Handel befindlichen Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerstraße 6
am Hadeschen Markt.

Allen Freunden und Gönnern empfehle mein
Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal.
Großes und kleines Vereinszimmer zu vergeben.
Adolf Flick, Soyenstr. 40.

Den Genossen empfehle bei
diesem
Herten- u. Anaben-Garderoben-Geschäft.
Wilh. Pahr, Elisabethstr. 17
am Pappelplatz.

Thalia-Theater,

15. Wallnertheaterstraße 15.
Täglich:
Theater-
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Erstes Austr. des Instrumental-Humoristen und Komikers **Bendix jun.**
Gr. Erfolg d. Liedersängerin Fr. Gondella, der Duettisten **Kau & Gal,** des Volks-humoristen **Wilh. Fröbel,** des Frohsinnigen **Vincenzo u. des Zauberknstl. u. Jongleurs Herr Schellini.**
Entrée 30 Pf. Anfang 7½ Uhr. Sonntags 64 Uhr.

American-Theater.

Str. Bodenerstr. 55.
Täglich Vorstellung.

Passage 1 Nr. 9 M. — 10 Uhr A.
Kaiser-Panorama.
Palastinas denkwürdige Stätten.
III. Cyclus.
Reise Athen—Konstantinopel.
VI. Abteilung: Pariser Weltausstellung.
Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf. Abonn. 8 Reisen 1 M.

H. Präuscher's anatomisches MUSEUM

80/81 Kommandantenstrasse 80/81.
Täglich geöffnet für erwachsene Herren.
Dienstag und Freitag Damentag!
Entrée 50 Pf. Vereinstarten giltig. 58

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 271.

Dienstag den 19. November 1889.

6. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

17. Sitzung vom 18. November, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Boetticher, von Rittsch, Graf Hohenthal, von Marschall u. A.

Das Haus erklärt entsprechend dem Antrage seiner Geschäftsordnungskommission das Mandat des Abg. Bürkin, der von Ostpreußen-Intendanten in Karlsruhe ernannt ist, als durch diese Ernennung nicht erloschen und setzt darauf die Spezialberatung des Stats fort.

In Titel 12 des Kapitels „Allgemeine Fonds“ des Auswärtigen Reichsamts des Janern sind ausgedrückt 4 400 000 Mark zur Einrichtung und Unterhaltung regelmäßiger deutscher Postdampferverbindungen mit Ostasien und Australien.

Abg. Richter: Ich möchte den Gedanken anregen, ob es nicht jetzt an der Zeit sei, die Zweiglinie nach Samoa aufzuheben. Der Norddeutsche Lloyd würde dazu gewiß sehr gern unter Bericht auf einen Teil der Subvention bereit sein. Denn in dem Berichte des Norddeutschen Lloyd ist ausdrücklich hervorgehoben, wie wenig gerade diese Linie rentirt. Thatsächlich beansprucht der Verkehr nach Samoa noch nicht den sechzehnten Teil des Raumes, welchen die betreffenden Postdampfer haben. Der ganze Verkehr auf den Postdampfern nach Samoa könnte sehr gut von einem einzigen Briefträger im Laufe eines einzigen Vormittags bewältigt werden. (Widerspruch rechts.) Ja, wenn Sie das nicht glauben, so lassen Sie sich doch einmal die betreffenden Verkehrsfiguren vorlegen! Bewilligt wurde die Zweiglinie in einer Zeit, wo das Kolonialfever gerade am größten war. Jetzt hat sich doch wohl herausgestellt, daß die damals gehegten Voraussetzungen sich nicht erfüllt haben. Jetzt ist die Erneuerung eingetreten, leider nach vielen Opfern. Es ist weder wirtschaftlich noch finanziell im Interesse der Steuerzahler gerechtfertigt, denselben noch weiter so große Opfer zu erlegen.

Abg. Brömel (freis.): Gegen die Gegner dieser ganzen Subventionspolitik wurde oftmals das große Geschäft „anti-wirtschaftlicher Gewinn“ aufgeführt. Selbst das Verlangen nach einer Offenlegung der Ergebnisse der einzelnen Linien und nach einer Kontrolle über die Verwendung der Subventionssummen wurde von dem Herrn Staatssekretär seinerzeit als „unverhört“ bezeichnet. Neulich ist nun eine Uebersicht über den Verkehr mit Samoa erschienen, und erst aus ihr können wir ersehen, wie weit auch die deutschen Postdampfer dabei betheiligt sind. An seiner Stelle jener Uebersicht wird von einer leugnischen Wirkung der Postdampfer gesprochen, nirgends wird gesagt, die Postdampfer hätten eine Steigerung des Handelsverkehrs nach dort herbeigeführt. Es zeigt das, in welchem Verhältnis die für die Postdampfer angewandten hohen Summen zu den Erfolgen stehen. Der Norddeutsche Lloyd hat in letzter Zeit einen großen Verlust zu verzeichnen gehabt. Trotz der Subventionen. Eine derartige Subvention des Reichsmittels bringt dem Verkehr überhaupt keinen Vortheil, wenn auch vielleicht einzelne Exporteure davon Nutzen ziehen. Ich meine auch, die Bedenken der Regierung, eine genaue Uebersicht über die Geschäftsergebnisse der subventionirten Linien zu geben, sollten Angesichts der gegenwärtig vorliegenden Thatsachen schwinden.

Staatssekretär v. Fötticher: Der Verkehr von Bremerhaven nach Ostasien und Australien, m. H., ist von 1885 auf 1888 um rund 1 Million Mark auf 21 Millionen Mark gestiegen, was um 20 Mill. Mark binnen drei Jahren. Man ist ja richtig, daß die Subvention vom Reich in diesen drei Jahren 4 400 000 M. betrug, die Verkehrssteigerung nach dort aber nur einige Millionen mehr betrug, als die Subvention. Aber wir leben ja auch noch lange nicht am Ende der fünfjährigen Subventionsperiode, und ich habe die Ueberzeugung, daß die deutsche Ausfuhr nach dort auch fernerhin in wachsendem Umfange sich steigern wird. Es sind deshalb sogar neue Forderungen nach neuen subventionirten Linien heraufgetrieben. Der Herr Vorredner hat mir noch einen besonderen Dief zu versehen geglaubt, indem er sagte, die Uebersicht über die Linienzeit vorzuliegen ablehnte, würden ja jetzt der Statistiken nicht Zeit; ja, nach zwei Jahren, ist es ja jetzt zulässig, solche Statistiken zu veröffentlichen. Was jedoch die Zweiglinie nach Samoa anlangt, so ist deren Verkehr allerdings noch gering, doch legt namentlich das Auswärtige Amt aus politischen Gründen Werth auf diese Linie und kann deshalb Verhandlungen über Aufhebung der Linie nach Samoa nicht in Aussicht stellen.

Abg. Hamburger (freis.) betont, daß Bedenken gegen eine eingehende Handelsstatistik überhaupt nicht beständen. Die Uebersicht der Herr Staatssekretär über den gestiegenen Verkehr von Bremerhaven nach Ostasien und Australien vorgelegt, seien nicht beweiskräftig, denn sie bezögen sich eben ja nur auf Bremerhaven. Und Bremerhaven habe eben einen Theil von dem Verkehrs auf sich gezogen, der ebendam über andere Linien, u. a. Hamburg, gegangen sei. Wie stehe es übrigens mit der Zweiglinie nach Korea, die vor vier Jahren und noch zwei Jahren als nothwendig bezeichnet worden, gleichwohl aber noch nicht im Gange sei?

Staatssekretär v. Fötticher antwortet zunächst auf die letztere Frage, auf den Zweigverkehr nach Korea sei aus mehreren Gründen, unter Anderem auch wegen der dort eintretenden politischen Unruhen, verzichtet worden. Naturgemäß schließt sich auch dementsprechend die an den Lloyd gezahlte Subvention. Trüg sei ferner, daß Hamburgs Verkehr nach Ostasien und Australien parallel mit der Zunahme des Verkehrs von Bremerhaven gelitten habe. Thatsächlich sei Hamburgs Verkehr nach dort von 825 000 Doppelzentnern in 1885 auf 1 000 000 Doppelzentner in 1888 gestiegen.

Abg. Gebhard (natl.): Im bin im Gegensatz gegen den Richter der Meinung, daß die Subventionirung der Postdampfer-Verbindungen sich sowohl für das nationale Interesse als für die Gesellschaft lukrativer erwiesen hat, als man erwarten konnte, und ich hoffe, daß nach Ablauf der vierjährigen Periode allseitige Zufriedenheit herrschen wird. Gerade die australische Linie, welche man anfangs als minder wichtig ansah, hat sich über Erwartung freundlich entwickelt.

Abg. Richter: An der australischen Linie sind im ersten Jahre beinahe 2 Millionen Mark, im vorigen Jahre über eine Million zuzuschreiben worden, dabei ist noch nicht die Verzinsung der Reparaturen u. m. eingerechnet. Mit den letzten Jahren haben hauptsächlich Engländer, und man beachte, daß es mit deutschem Gelde die englische Auswanderung nach Australien, analog unserer Steuerpolitik, die es den Engländern ermöglicht, billigeren deutschen Zucker zu essen, als die Deutschen. Im Güterverkehr wird hauptsächlich australische Güter exportirt, und man schafft mit deutschem Gelde der deutschen Waarenproduktion Konkurrenz. An deutschen Waaren im Jahre 1888 19 379 Kubikmeter nach Australien ausgeführt; bei 2 1/2 Millionen Subvention macht das für jeden

Kubikmeter 130 M. Kosten, und es fragt sich, ob das Kubikmeter der Waare einen ebenso hohen Werth gehabt hat. Da wäre es vielleicht noch vortheilhafter für das Reich gewesen, die Waaren aufzukaufen und a tout prix wieder zu verkaufen. Der Herr Staatssekretär hat heute die von uns schon früher vertretene Ansicht über Korea bestätigt und gesagt, daß wir keine Handelsinteressen in diesem Lande haben. Unter diesen Umständen wird es sich fragen, ob wir nicht den Konsulatsposten in Korea, der auch in einer Periode bewilligt wurde, wo man besondere Vorliebe für alles das hatte, was möglichst weit von Europa entfernt war, lieber wieder einziehen. Die Zweiglinie nach Samoa, meint Herr v. Fötticher, hat keine kommerzielle, sondern nur eine politische Bedeutung. Nun, unsere samoanische Politik ist doch vom Herrn Reichskanzler selbst aufs Schärfste besawouirt worden, und ich glaube, das war das Beste, was er thun konnte, nachdem man sich in dieser Sache verannt hatte, es ist nur schade um die Opfer, die es gekostet hat. Auch bei dieser Angelegenheit stellen sich die Nachteile der Einrichtung heraus, daß jeder Resfordner für sich und der Reichskanzler für sie alle sorgt. Eine Verbindung, eine Kollegialität zwischen den verschiedenen Resfordern giebt es nicht; das Reichsamt des Innern kennt die Bedürfnisse des Auswärtigen Amtes nicht. Das liefert auch wieder Material für die Anregung, die Herr v. Bennigsen hinsichtlich der Einrichtung selbständiger Reichsministerien gegeben hat.

Staatssekretär v. Fötticher: Der Herr Vorredner hat alle meine Ausführungen in den Superlativ übersetzt. Von Korea habe ich nicht gesagt, daß wir dort gar keine Handelsinteressen hätten, sondern, daß zur Zeit die Handelsverbindungen nicht so groß seien, daß wir zur Zeit das Anlaufen unserer Schiffe verlangen müßten. Sodann habe ich nicht gesagt, daß Handelsinteressen mit Samoa gar nicht vorhanden seien, sondern, daß die Entwicklung der kommerziellen Beziehungen den gehegten Erwartungen nicht entsprechen haben. Das Hauptinteresse aber ist und bleibt hier ein politisches, und das Reichsamt des Innern ist bei Prüfung dieser Fragen keineswegs außer Verbindung mit dem Auswärtigen Amt geblieben, sondern es hat ein lebhafter Schriftwechsel darüber stattgefunden. Also auch der politische Erlaus des Herrn Vorredners entspricht den Verhältnissen nicht.

Abg. Gebhard: Herr Richter möchte ich nur bemerken, daß sich die Entwicklung zu einem guten Resultat auch für die Gesellschaft schneller und günstiger vollzogen hat, als man gehofft habe. Im Uebrigen wundere ich mich, wie ein Mitglied des deutschen Reichstages mit solcher Behaglichkeit von thatsächlichen oder angeblichen Misserfolgen der deutschen Kolonialpolitik sprechen kann. (Beifall.)

Abg. Richter: Allerdings mag es den Herren un bequem sein, wenn ihnen von uns nachgewiesen wird, daß die Gründe, welche Sie für Geldbewilligungen angeführt haben, sich als nicht haltbar erweisen. Wenn wir hier die Misserfolge unserer Subventionspolitik konstatiren, noch dazu in dem Augenblicke, wo in dieser Hinsicht noch weitere Pläne gehegt werden, so folgen wir nur unserer Pflicht gegenüber dem Lande und den Steuerzahlern, denen Sie mit Behagen immer neue Lasten auferlegen. (Unruhe.)

Abg. v. Geldorff-Debra (kons.): Da sich an die Diskussion keine praktischen Anträge anschließen, so würde ich nicht das Wort ergriffen haben, wenn nicht die letzten Ausführungen des Herrn Abg. Richter dazu bestimmten. Ich glaube aus der Stimmung unserer Presse, wie unseres Landes, wohl den Schluss ziehen zu dürfen, daß wir uns mit Herrn Richter in eine Diskussion über unsere Kolonialpolitik nicht einlassen brauchen. Seine Darstellung der Verhältnisse richtet sich von selbst. (Lachen links, Beifall rechts.)

Abg. Richter bringt den Antrag ein: Der Reichstag möge beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, mit der Gesellschaft des Norddeutschen Lloyd Verhandlungen anzuknüpfen behufs Aufhebung der Subvention für die Dampferverbindung Sidney-Samoa sowie Herabsetzung der Subvention für die australische Postdampferlinie.

Abg. Richter: Wenn man sachlich nichts zu sagen weiß, dann sagt man: „Die Sache richtet sich von selbst.“ Ich habe es für nöthig gehalten, meinen Antrag einzubringen in einem Augenblicke, wo im Interesse von Sonderbestrebungen aus der Tasche der Steuerzahler immer neue Mittel bewilligt werden sollen. Der Herr Staatssekretär hat selbst gesagt, die kommerziellen Beziehungen der Samoaneseelinen hätten den gehegten Erwartungen nicht entsprochen, nur politisch sei die Linie von Werth.

Abg. Windthorst (Zentrum): Wir haben bei der rapiden Zunahme unserer Ausgaben alle Ursache, genau zuzusehen, ob die Gelder, welche wir bewilligen, rentabel angelegt werden. Ich glaube, daß über unsere politischen Beziehungen in der Sublie in einer Kommission erst genaue Angaben gemacht werden und daß uns auch amtliche Nachrichten über die Erfolge unserer kommerziellen Verbindungen in Australien und Ostasien gemacht werden müssen, deshalb kann ich zur Zeit nicht für den Antrag Richter stimmen.

Abg. Richter ist mit der Vorbesprechung seines Antrages in der Budgetkommission einverstanden.

Das Haus beschließt die Ueberweisung des Antrags Richter an die Budgetkommission. (Es stimmen dafür die freisinnige, die Zentrums- und ein Theil der Nationalliberalen.)

Abg. Gings (Zentr.) regt die Auswandererfrage an und erklärt, daß seines Erachtens nur durch ein internationales Auswanderergesetz den bestehenden Uebelständen abgeholfen werden könne. Er bittet den Staatssekretär, die Regierung möge gegenüber dieser Frage eine bestimmte Stellung einnehmen.

Abg. Gammacher (natl.): Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch memetseits die Nothwendigkeit eines Auswanderergesetzes betonen, will aber darauf heute nicht weiter eingehen, sondern nur auf eine Lücke in der Thätigkeit des Reichs-Auswanderungs-Kommissionen hinweisen. Wenn dieselbe die humanitäre Seite der Sache auch besonders im Auge hat und in seinem Berichte, der uns für dieses Jahr noch nicht vorliegt, auch die Zahl, den Bestimmungen- und den Herkunftsort der Auswanderer angiebt, so vermisse ich doch die Angabe der Berufskategorie. Man muß die Abneigung gegen ein Auswanderergesetz lassen. Wenn man sich gewöhnt, in der Auswanderung gewissermaßen eine soziale Naturnothwendigkeit zu sehen, dann wird man über die Frage auch ruhiger urtheilen. Man wird sich insbesondere gewisser landwirtschaftlicher — wenn ich so sagen darf — Vorurtheile entschlagen müssen. Ein Hamburger Auswanderernachweis zeigt nämlich die Ziffer von nur 8,9 pCt. land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter, was mit den Klagen über die ländliche Auswanderung nicht stimmen will. Ich zweifle nicht, daß man an maßgebender Stelle dem Auswanderungskommissar die Aufgabe einer sorgfältigen Berufsstatistik zuweisen wird.

Das Kapitel des Statistischen Amtes ist wegen verschiedener Mehrforderungen für die Schaffung einer neuen Mitgliedsstelle, Beschäftigung einer größeren Zahl von Hilfskräften u. s. w. der Budgetkommission zur Prüfung überwiesen worden. Die Kommission schlägt nunmehr vor, die Mehrforderungen zu bewilligen.

Der Berichterstatter der Kommission Abg. Graf v. Schrenkhoff empfiehlt diesen Antrag unter Darlegung des gesteigerten Bedürfnisses an Arbeitskräften im Statistischen Amte.

Abg. Brömel (freis.): Die Schätzungen unseres statistischen Amtes zeigen starke Verschiedenheiten in den einzelnen Jahren. Einmal wird der Doppelzentner von wissenschaftlichen Instrumenten mit 1400 M. und das Jahr darauf mit 3000 M. angelegt, was eine Aufbesserung der Handelsbilanz um 13 Millionen bedeutet. Auch andere, weniger schwer zu taxirende Artikel zeigen solche Schwankungen, so Roats einmal 2,40 M., ein anderes Mal 0,80 M.; Schlacke 6,30 und 0,73 M. Schmuckfedern 1200 und 4000 Mark. Ultramarin 100 M. und 24 M. Stroh- und Borstwaren 350 M. und 35 M. Dies System der Abschätzung führt zu Resultaten, die mit den Thatsachen in offenkundigem Widerspruch stehen. Wenn 1879 die Textilwaren mit 826 M. auf den Doppelzentner und 1880 mit 1978 M. berechnet werden, so bedeutet dies eine Hinausschreibung der Handelsbilanz um 1300 Millionen. Auch im Vergleich mit andern Ländern zeigen sich diese Differenzen. Dem Vorschlage, den Mängeln durch die Heranziehung einer größeren Zahl von Sachverständigen abzuhelfen, wie es im Etat verlangt wird, kann ich durchaus zustimmen, aber ich kann nicht zustimmen, daß allein damit die Pflicht der Reichsbehörde, die gewissermaßen die Verwalterin des wissenschaftlichen Schatzes unserer Handelswelt ist, erfüllt ist. Man muß verlangen, daß das Statistische Amt, wenn es frühere Berechnungen, als auf fehlerhafter Grundlage beruhend, erkannt, diese Fehler berichtigt, nicht aber fortbestehen läßt und zu unrichtigen Schlussfolgerungen Anlaß giebt.

Staatssekretär v. Fötticher: Wir erwarten von den neu hinzugezogenen Sachverständigen das Beste. Wir haben Alle das Interesse, daß möglichst richtig bei der Werthabschätzung verfahren wird, und wir akzeptiren gern jedes Vorschlag, welches die möglichst richtige Schätzung gestattet. Jeder Einzelne in der Schätzungs-Kommission kann nicht alle Gebiete beherrschen, deshalb unsere Mehrforderung. Einfach das Deklarationsverfahren einzuführen, halte ich nicht für richtig, denn der Versender der Waare hat nur ein einseitiges Interesse, richtig zu deklariren; eine Aufsichtsinanz müssen wir also doch haben. Tagen sind Tagen und eine absolut richtige Schätzung wird sich nie ermöglichen lassen. Wir werden also auf dem seit 8 Jahren eingeschlagenen Wege fortgehen, die vorgefundenen Mängel abheben und die uns von außen gegebenen Winke gern berücksichtigen. Fundamentale Aenderungen in der Abschätzung kann ich nicht in Aussicht stellen.

Abg. Baumbach (deutschfreisinnig): Das Verhältnis der ständig angestellten Arbeiter und der diätarisch beschäftigten Hilfsarbeiter im Statistischen Amt halte ich für unangemessen. Es ist in der Budget-Kommission hervorgehoben worden, ohne Hilfsarbeiter könne das Statistische Amt nicht auskommen. Das mag wahr sein, auch glaube ich, daß mit den Hilfsarbeitern billiger gearbeitet wird, gerade beim Statistischen Amt halte ich den finanziellen Effekt aber nicht für bedeutend, und ich glaube, daß es angebracht wäre, die diätarisch angestellten Beamten nach einiger Zeit fest anzustellen. Eine Anregung in diesem Sinne halte ich für um so angebrachter, als infolge unserer Zollpolitik eine Erhöhung der Lebensmittelpreise eingetreten ist, eine Thatsache, die ja auch in der Thronrede anerkannt worden ist, mit welcher Se. Majestät der König von Sachsen den sächsischen Landtag eröffnet hat.

Staatssekretär von Fötticher: Während der jetzt schon viertägigen Debatte über den Etat des Reichsamts des Innern hat mir kaum etwas so viel Freude gemacht, wie diese Anregung des geschätzten Herrn Vorredners. Ich stimme mit seinen Ausführungen über die wünschenswerthe Besserstellung der Beamten völlig überein. Wenn bis jetzt in dieser Beziehung nicht mehr geschehen konnte, so liegt dies daran, daß die Verhältnisse der Hilfsarbeiter zum großen Theil ganz eigenhümliche sind. Wir haben unter denselben eine große Anzahl von Pensionären, den mit einer seltenen Anstellung kein Gefallen erwiesen werden würde, da infolge dessen ihnen eine Verkürzung ihrer Pension bevorstände. Außerdem wäre der finanzielle Effekt keineswegs ein unerheblicher. Ich werde aber gern bereit sein, eine Vermehrung der etatsmäßig angestellten Beamten in Anregung zu bringen. Ich hoffe nur, daß ich bei dieser Gelegenheit auf keinen Widerspruch seitens meines Herrn Kollegen vom Finanzfache und seitens des Reichstages stoße.

Abg. Blemm (kons.): Herr Baumbach hat behauptet, die Lebensmittelpreiserhöhung hänge mit unserer Zollpolitik zusammen, und er führt zum Beweise dessen den Inhalt der sächsischen Thronrede an. Danach könnte es scheinen, als habe Se. Majestät der König von Sachsen die Zollpolitik als Ursache der Lebensmittelpreiserhöhung anerkannt. (Heiterkeit.) Demgegenüber möchte ich konstatiren, daß von der Ursache der Vertheuerung kein Wort in der sächsischen Thronrede steht. Ich lasse Herrn Baumbach gern seine Meinung; ich für meinen Theil sehe die Ursache der Vertheuerung in ganz anderen Dingen, als in unserer Zollpolitik.

Abg. Schrader (freis.): Ich nehme nur das Wort, um unsere Uebereinstimmung mit Herrn v. Fötticher in Bezug auf die Vermehrung der etatsmäßigen Beamtenstellen festzustellen. Mögen sie daraus ersehen, daß es uns stets um die Sache zu thun ist, nicht aber darum, der Regierung um jeden Preis Opposition zu machen.

Die Mehrforderungen werden bewilligt. Zum Kapitel des Reichs-Gesundheitsamtes hat die deutschfreisinnige Partei (Wart u. Gen.) den Antrag eingebracht:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, er wolle die Aufhebung des Schweine-Einfuhrverbots an der dänischen Grenze veranlassen.

Abg. Virchow (freis.): Unseres Wissens hat die Seuche in Dänemark aufgehört und dennoch besteht das Schweine-Einfuhrverbot gegen die nicht mehr vorhandene dänische Seuche fort. Wir haben leider selbst das Unglück, in Deutschland den Rothlauf und die Schweinefleuche zu haben, zwei Krankheiten, welche durch verschiedene Bakterien fortgepflanzt werden. Bis jetzt besitzen wir noch keine volle Uebersicht des statistischen Materials über die Verbreitung dieser Krankheiten bei uns, aber ich bin überzeugt, daß wir kolossalen Schaden durch die Seuche bis jetzt erlitten haben. Was soll nun jetzt ein Verbot gegen ein Land, in dem die Seuche erloschen ist, während doch ein Erlaß für die im Inlande entstandenen Verluste dringender wünschenswerth ist? Denn zu gleicher Zeit ist der Grenzverkehr auch nach anderer Seite in unerhörter Weise beschwert in-

folge der im Osten aufgetretenen Maul- und Klauenseuche. Seit einer längeren Reihe von Jahren scheint es eine Art offizieller Verpflichtung zu sein, zu glauben, daß diese Seuche aus Rußland eingeschleppt wird. Aber dieses Vorurtheil erhält eine eigentümliche Illustration durch das Phänomen, daß unsere Veterinär-Behörde mit jedem Jahre eine immer mildere Auffassung in Bezug auf die Einschleppung dieser Seuche zeigt, und in ihrem vorjährigen Berichte hat diese Behörde als nicht unwahrscheinlich hingestellt, daß auch in die dahin gänzlich seuchenfreien Gegenden die Seuche unter Umständen aufgetreten ist, welche die Einschleppung fast ausschließen. Der diesjährige Bericht zeigt eine noch mildere Auffassung, und nach meiner Meinung gehört fast ein Gewaltakt dazu, die Legende von der russischen Einschleppung glaubhaft zu machen. Seit den letzten 13 Jahren hat es nur ein seuchenfreies Jahr gegeben, und eigentlich hätte sich die ganze Welt gegen uns verwahren müssen, was ich mit Hinweis auf die Zweischneidigkeit solcher Maßregel wie die eines Einfuhrverbots doch wohl hervorheben möchte. Lange war es ein Staatsdogma, in Holland sei die Lungenseuche zu Hause. Ist ist Holland seuchenfrei und wir haben unseren eigenen Seuchenheerd in Sachsen. Ich muß auch die Schwierigkeiten hervorheben, welche sich in Obersachsen dem Import gegenüberstellen, weit über das billige Maß hinaus, und ich erinnere besonders an die Verhältnisse in Steinbrucher. Ich meine, die Regierung müßte mit derselben Strenge im Inlande wie an der Grenze gegen die Seuche vorgehen. Ich komme noch einmal auf den Rothlauf zurück. Man hat vor einiger Zeit ein Veterinärgesetz geplant, aber aus Gründen, die ich erfahren möchte, ist die Vorlage liegen geblieben. Wir haben die Vorleistung, daß eine Jährlichkeit gegen die Agrarier, zu deren eigenem Schaden, die Regierung zu dem Einfuhrverbote hat schreiten lassen, denn diesen Herren liegt natürlich daran, ihre Produkte möglichst hoch zu verwerthen. Die gegenwärtige Fleischheuerung ist eine Kalamität, die besonders die Arbeiter trifft, und ich meine, daß mit Rücksicht auf deren Lage die Regierung sich weniger bemüht zeigen sollte, den Agrariern angenehm zu sein.

Staatsminister v. Götlicher: Ich muß das hohe Haus dringend bitten, den Antrag des Herrn Barth abzulehnen. Dem Einfuhrverbote liegen nicht, wie der Herr Vorredner behauptete, agrarische Tendenzen zu Grunde, sondern nur das pflanzliche Bemühen der Regierung, den einheimischen Viehstand zu schützen. Der Herr Vorredner hat sich nicht auf das Einfuhrverbot gegen Dänemark beschränkt, sondern ist auch auf das im Juli erlassene Verbot gegenüber unseren östlichen Nachbarn zu sprechen gekommen. Ich habe mich bereits bei der ersten Staatsräthung über die Gründe verbreitet, welche uns veranlassen, Seiner Majestät dem Kaiser den Erlaß zur Unterzeichnung vorzulegen. Wir müssen Zufahren aus dem verseuchten Ausland von uns ausschließen. Der Herr Vorredner hat die Steinbrucher Anhalt gestreift. Die dort bestehenden Einrichtungen sind in der That so ausgezeichnet, daß die Vergünstigungen, welche wir für die Schweineinfuhr gewährt haben, sich nur auf Steinbrucher Schweine besogen. Ich muß aber darauf hinweisen, daß die Gefahr in diesem Moment unverändert dieselbe ist, wie im Juli zur Zeit des Erlasses des Verbots. Wir verfolgen sorgfältig den Gang der Seuche und erhalten fortlaufend Nachrichten, wie sich seit Juni die Seuche in Oesterreich-Ungarn verbreitet hat. Nach diesen Nachweisungen waren im Juni in Oesterreich 414 Gemeinden verseucht, im Monat Oktober 2014 und bis zum 7. November noch immer 1893 Gemeinden. Näherlich ist der Zustand in Ungarn. Am 1. April dieses Jahres waren 41 Gemeinden verseucht, am 5. November 1208. Daß eine große Gefahr für uns darin liegt, scheint außer allem Zweifel. Auch in der Steinbrucher Anhalt ist vor Kurzem die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen; ich zweifle jedoch nicht, daß man ihrer dort in Kurzem Herr werden wird. Aber beim Antrage Barth handelt es sich ja nicht nur um die Einschleppung aus dem Osten, auch nicht um die Maul- und Klauenseuche, sondern um ein im Jahre 1887 erlassenes Verbot der Einfuhr von Schweinen aus Dänemark gegenüber einer dort herrschenden Krankheit, welche der amerikanischen Cholera gleich ist. Der Herr Vorredner irrt, wenn er meint, daß eine Uebertragung dieser Seuche ausgeschlossen sei, weil dieselbe erloschen sei. Noch im September und Oktober sind in Seeland, wie der dänische Minister des Innern im Folkething angab, Fälle dieser Schweinepeste vorgekommen. So lange die Seuche nicht ganz erloschen ist, können wir unsere Grenzen nicht öffnen, denn die Opfer der Seuche sind kolossale, und wir können es nicht verantworten, Deutschlands Grenzen einer Krankheit zu öffnen, von welcher eine Schädigung des nationalen Wohlstandes mit Sicherheit zu erwarten ist. Amerikanischen Berichten aus den südlichen und westlichen Staaten der Union entnehme ich folgende Zahlen: Die Verluste in Folge der Cholera betragen im Jahre 1873 20 Millionen Dollars, 1882 13½ Millionen, 1884 20 und 1885 25 bis 30 Millionen. Und wenn man die Verluste prozentualiter berechnet, so ergiebt sich für Missouri ein Verlust von 30 pCt. des ganzen Bestandes, für Kentucky 20 pCt., für Indiana 18 pCt., für Georgia 10 pCt. und für Ohio 7 pCt. Angesichts dieser Zahlen könnten wir die Aufhebung des Einfuhrverbots nur dann verantworten, wenn der Nachweis erbracht wäre, daß durch das Einfuhrverbot die deutsche Wirtschaft in einem Maße geschädigt würde, welches ganz außer Verhältniß zum Nutzen des Verbots stände. Eine Preissteigerung des Fleisches hat in den letzten Monaten allerdings stattgefunden. Ich glaube kaum, daß irgend Jemand ein Interesse daran hat, die notwendigen Lebensmitteln zu vertheuern (Ruf links: O ja!), und die Klagen über die Vertheuerung herrschen doch nicht allein in Arbeiter-, sondern ebenso gut in unsern Kreisen. Allein es fragt sich, wie wir dieser Vertheuerung begegnen und ihre wirtschaftlichen Folgen beseitigen können. Die Steigerung der Preise hat nicht in Deutschland stattgefunden, in Paris, London und Amsterdam sind die Preise seit dem April, d. h. vor Erlaß des gegen den Osten gerichteten Verbotes, bis zum August — also nach diesem Verbot — stärker gestiegen, als in Berlin. Amerikanischer Schinken kostete in London im April 62 bis 65, im August 70—74, dänischer Speck im April 47—53, im August 65—71. In Paris kostete das Pfund Festschweine 1—1,18 im April, im August 1,38—1,64. Das Kilogramm Schweinefleisch kostete in Amsterdam im April 0,36—0,40, im August 0,47—0,53. In Berlin kostete Schweinefleisch im April 38 bis 43, im August 53 bis 60 M. für das Pfund Lebendgewicht mit 20 pCt. Abzug. Preissteigerung ist also das Einfuhrverbot die alleinige Ursache der Preissteigerung. So beklagenswerth eine große Steigerung der Fleischpreise an sich sein mag, und so wünschenswerth niedrige Preise im Interesse unserer Arbeiter erscheinen, so kann ich doch auch in der Höhe der Fleischpreise kein besonderes Unglück erblicken, sobald die Löhne der Arbeiter dazugehörig sind, daß diese Preise bezahlt werden können, erst im andern Falle könnte von einem Nothstand gesprochen werden, und es wäre Abhilfe nöthig. Nun ist von verschiedenen Seiten behauptet worden, Deutschland könne auf den Import von Schweinen nicht verzichten. Demgegenüber möchte ich darauf hinweisen, daß beispielsweise im vorigen Jahre die Ausfuhr die Einfuhr nicht unerheblich übersteigert hat, denn es wurden im Jahre 1888 eingeführt 292 000 Schweine, ausgeführt dagegen 365 000. Deutschland ist also wohl im Stande, für seinen Schweinebedarf selbst zu sorgen. Es ist ja auch der Ertrag der Schweine ein sehr leichter, die Vermehrung für ein weibliches Schwein um 16—20 Stück pro Jahr ist keine Seltenheit. Wenn der Bezug für die Händler zur Zeit un bequem ist, so bin ich überzeugt, daß die deutsche Landwirtschaft bald für einen Ertrag für die verlorenen Quellen sorgen wird, so daß auch die Schweine wieder werden billiger werden. Die wirtschaftliche Seite der Sache war

aber bei dem Einfuhrverbot für die verbündeten Regierungen nicht die maßgebende, das hauptsächlichste Motiv war vielmehr, unseren Viehstand einen wirksamen Schutz zu gewähren. So lange die Schweinekrankheit in Dänemark nicht völlig erloschen ist, können wir auch zu einer Aufhebung des Einfuhrverbots nicht raten. Dasselbe ist wohl überlegt erlassen, und es ist nichts geschehen, was die bei seinem Erlaß geltend gemachten Gründe hätte erschüttern können. Ich bitte das hohe Haus dringend, uns in dem Bestreben, unseren Viehstand zu schützen, helfen und den Antrag Barth ablehnen zu wollen. (Beifall.)

Abg. Grub (natlib.): Bei einer genauen Prüfung der in Rede stehenden Frage komme ich zu einem anderen Resultat, als Herr Dr. Barth. Im Jahre 1887 wurde infolge der zuerst in Schweden, von da nach Dänemark importierten Schweinepeste das Einfuhrverbot gegen Dänemark erlassen. Im Jahre 1888 erlosch die Seuche in Dänemark in ihrer großen Ausdehnung; einzelne Seuchenherde aber blieben bestehen, und deshalb dürfen wir an eine Aufhebung des Verbots nicht denken, ebenso wenig wie Dänemark das Einfuhrverbot gegen Schweine aufgehoben hat. Bei Annahme des Antrages würde eine Verbilligung des Fleisches wohl nicht eintreten, wohl aber würde die Ansteckungsgefahr eine immens große werden. In Süd- und Mittel-Deutschland giebt es kaum einen Tagelöhner, der nicht ein oder mehrere Schweine hält. In der Fürsorge für den kleinen Mann stimmen wir alle hier überein, deshalb muß auch in dieser Frage das Interesse einiger weniger Industriellen dem allgemeinen Volkswohl nachgeben. Ich bitte um Ablehnung des Antrages, denn das Einfuhrverbot ist zur Erhaltung unseres Viehstandes nothwendig. (Bravo! rechts.)

Abg. Bröcher (Volksp.) führt aus, daß das Einfuhrverbot nur den Schmutz begünstigt und dadurch die Ansteckungsgefahr erhöhe. Redner empfiehlt die leichteste Erleichterung der Vieheinfuhr mit der Nothgabe, daß jedes Stück Vieh, um möglichen Gefahren vorzubeugen, ein Gesundheitsattest ausgestellt erhalte.

Der Abg. Webshy (natlib.) bringt den Antrag ein: den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, die Erlaubniß zur Einfuhr lebender Schweine nach Schlachthäusern des Reiches in möglichst umfassender Weise zu ertheilen.

Abg. Graf v. Mirbach (kons.): Wir haben in meiner Heimath dies Jahr eine Mierne zu verzeichnen, nur die besonderen Preise haben manchen armen Mann darüber hinweg geholt. Vor Jahren schon hat der landwirtschaftliche Centralverein für Luthauen und Masuren für ein gänzlich Einfuhrverbot Rußland gegenüber petitionirt. Ich möchte um mögliche Aufrechterhaltung der Grenzsperrung bitten. Mit Herrn Virchow stimme ich in seinem Wunsche nach besserer Prophylaxis überein, doch ist auch hierzu die Sperrung nöthig. Die größere Anzahl unserer Arbeiter gehört der Landwirtschaft an, und diese haben ein Interesse an hohen Fleisch-, namentlich Schweinepreisen, viel weniger der Großgrundbesitzer, der nur selten Schweinezucht treibt. Das plötzliche Preissteigen ist durch die Spekulation veranlaßt (Zustimmung rechts) und die Preise werden auch wieder sinken. Ich bitte um Ablehnung des Antrages.

Abg. Graf v. Hohenhausen (Zentr.): Herr Virchow gegenüber, der die Schutzölle mit als Grund der Fleischvertheuerung angeführt hat, kann ich Beispiele aus dem Eldorado der Freihändler, Holland, anführen. Während im Oktober in Preußen an der holländischen Grenze Rindfleisch 65 Pfennige pro Pfund kostete, kostete es in Holland 68 Pf. Kalbfleisch in Preußen 60, in Holland 76 Pfennig. (Hört, hört!) Die weitere Beratung des Gegenstandes wird auf Dienstag 1 Uhr verlagert. Schluß 5 Uhr.

Parlamentarisches.

Der Herr Reichstagsabgeordnete Aulemann schreibt der Hoff. Ztg.: In Nr. 538 Ihres Blattes bringen Sie die Mittheilung, daß in der Sozialistengesetz-Kommission ein Antrag von mir angenommen sei, wonach das Verbot des ferneren Erscheinens erloschen müsse, sobald innerhalb eines Jahres das Verbot einer zweiten Nummer erfolgt. Diese Nachricht beruht auf einem Irrthum. Auch nach meinem Antrage kann nur das Verbot erlöschen; die Abweichung meines Antrages von der Vorlage besteht nur darin, daß das Verbot des ferneren Erscheinens mit demjenigen einer zweiten Nummer nicht mehr verknüpft werden darf, wenn seit dem Verbote ein Jahr verlossen ist. Der Erfolg und der Zweck meines Antrages ist deshalb nicht eine Verschärfung, sondern im Gegentheil eine wesentliche Milderung, und wurde auch als solche von der Regierung beampft.

Lokales.

Die Lokalkommission veröffentlicht nachstehend die Liste der Wirthe, die ihre Lokale zu Versammlungen hergeben und bemerkt hierzu, daß dieselbe wöchentlich einmal mit event. Abänderungen abgedruckt wird, ferner, daß Veröffentlichungen in Bezug auf die Lokalfrage nur von den Herren Wilhelm Werner, Sebastianstr. 72, Arno Winter, Köpenickerstr. 126, Otto Deindorf, Langestr. 70, auszugehen haben. Alle eventuellen Unregelmäßigkeiten sind an die genannten Herren zu berichten.

Adler-Brauerei, Gesundbrunnen.
Altendrauerei Moabit.
Bergschloßbrauerei, Rixdorf.
Beyer, Neue Grünstr. 14.
Bod-Brauerei, Tempelhofer Berg.
Böhmisches Brauhaus.
Böhnhof, Müllerstr. 142.
Böhms Brauerei.
Böhmann, Andreasstr. 26.
Böber, Weinstr. 11.
Brauerei Tioli, Kreuzberg.
Brauerei Königshof.
Brauerei Friedrichshain (Lips).
Brauerei Pfefferberg.
„Bürgerfeld“, Dresdenerstraße.
Deigermüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a.
Deutsches Volkstheater, Schönhauser Allee.
Eisteller-Etablissement, Gaussestr.
Feuerstein's Salon, Alte Jakobstr. 75.
Grawell's Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79.
Gnad, Brunnenstr. 38.
Gottschalk (früher Hut), Badstraße, Gesundbrunnen.
Gründer's Salon, Schwerinstr. 13.
Gabel's Brauerei, Bergmannstr. 5—7.
Heise, Lichtenbergerstr. 21.
Hephrich's Säle, Deuthstr. 18/21.
Industrie-Hallen, Marannenstr. 31/32.
Jordan's Salon, Neue Grünstr. 28.
Königshof, Bülowstraße.
Klein's Festäle, Dranienstr. 180.
Königsbank, Gr. Frankfurterstr. 117.
Krieger, Kochstr. 32a.
Krieger's Salon, Wasserhorstr. 68.
Mundt, Köpenickerstr. 100.
Norddeutsche Brauerei, Gaussestr. 58.
Orschel, Sebastianstr. 39.
Pohl, Müllerstr.
Renz's Salon, Raunynstr. 27.

- Rennfahrer's Salon, Dennowstr. 18.
- Reger, Alte Jakobstraße 83.
- Roß, Adalbertstr. 21.
- Salm's Klubhaus, Annenstr. 16.
- Sanssouci, Kottbusstr. 4 (20 M.).
- Schiff's Salon, Inselstr. 10.
- Schloßbrauerei Schöneberg.
- Schneider, Belfortstr. 15.
- Schröder, Müllerstr. 178 (Weddingpark).
- Schweizergarten, Am Königsthor.
- Silber's Salon, Schwedterstr. 24.
- Süd-Ost, Waldemarstr. 75.
- Neuhäufiger Volksgarten, Profauerstraße.
- Unionsbrauerei Hasenhaide.
- Vereinsbrauerei (Rixdorf).
- Viktoria-Brauerei, Lützowstraße.
- Weimann's Volksgarten Gesundbrunnen.
- Wendi, Dresdenerstr. 116.
- Wohlschläger, Blumenstr. 78.
- Wohlhaupt, Manneufferstr. 9.
- Zemler, Münzstr. 11.

Das Bonkottiren ist für gewöhnlich dem biedereren Stadtbürger einer der furchtbaren Greuel und nach seiner Ueberzeugung ganz direkt auf den bekannten „Amthug“ zu richten. Schade nur, daß der höchste Gerichtshof nicht die gleiche Ansicht gewonnen hat, sondern schon lange vor der Entscheidung die Berliner Arbeiterkassirer sich zu diesen Schritten gedrungen sah, das Bonkottiren für zulässig erklärte. Wir wollen diese Maßregel heute nicht weiter, als es oft genug geschehen ist, rechtfertigen, sondern nur zeigen, wie merkwürdig verfahren dieselbe beurtheilt wird, je nachdem sie von den Arbeitern oder von den Herren Innungsmeistern ausgeht. Beachten Sie in dieser Zeit die Wälder folgende Nachricht:

Einem hier wohnhaften Barbier und Heilgehilfen ist von dem Vorstande der Berliner Barbier-Innung die Aufnahme in die Innung verweigert worden, weil er „den von der Innung beschlossenen Preis von 35 Pfennigen für Haarschneiden am Sonntag“ nicht anerkannt hat. Der von dieser Ausschließung Betroffene wandte sich an das königliche Polizeipräsidium mit der Anfrage, ob er, nachdem ihm als strafbarem Bürger die Aufnahme in die Innung verweigert worden, berechtigt sei, seinen Stiefsohn fernerehin als Lehrling in seinem Geschäft zu beschäftigen. Diese Anfrage ist an die königliche Behörde an die Gewerbe-Deputation des Reichs an der Angelegenheit, welche von grundtätig eingreifendem Interesse ist, zu beschäftigen haben wird.

Was aus der Sache geworden sein mag, ist bisher nicht an die Öffentlichkeit gelangt. Die Sache selbst ist aber für das Bonkottiren einigermaßen von Bedeutung. Kann man angesichts dieser Haltung der Innungsmeister noch zweifeln, daß gewisse Herren herzlich gern Bonkottiren möchten, wenn — sie nur könnten? Aber freilich, der gute Thut's nicht. Wohl aber liegt für die Arbeiter die Frage in diesem Falle verlockend genug: Wie war's denn, wenn einmal die Berliner Arbeiterkassirer die Lösung der hier vorliegenden Frage praktisch in die Hand nähme? Die Innungsmeister verlangen für das Haarschneiden am Sonntag 35 Pfennige, also einen Aufschlag von 40 Prozent. Mit dieser Preisaufschlage werden fast nur die Arbeiter getroffen, die der Woche keine Zeit und vielleicht auch oft genug kein Geld haben, die nothwendige Arbeit an ihrem Haar vornehmen zu lassen. Wie denn nun, Ihr Herren Innungsmeister, wenn die Berliner Arbeiter beschließen, in Zukunft nur solchen Barbieren ihre Kundtschaft zuzuwenden, welche auch an Sonntagen den niedrigeren Preis nehmen? Wie schnell würden die Herren zu Kreuze kriechen. Die Sache wird aber nicht von dem Arbeiter von einem wesentlichen Gesichtspunkte betrachtet. Er trägt gern die kleine Unannehmlichkeit, von seiner Zeit in der Woche so viel zu opfern, wie er für den Barbier braucht, um dessen Gehülfen für den Sonntag frei zu lassen. Die Kundtschaft, welche dem Barbier dann noch für den Sonntag bleibt, wird ja wohl nicht allzu umfangreich sein und es zulassen, daß Gehülfen und Lehrlinge sich bisher einen freien Sonntag haben. Sollte indessen die Hoffnung geäußert werden, sollten die Gehülfen und Lehrlinge der Barbier nach wie vor auch Sonntags an die Arbeit gehen, bleiben und sollte danach die ganze Innungsbestrebung lediglich als ein Vorgehen charakterisiren, zum Aussehen der Sonntagsarbeit einen größeren Profit für die Innungs-Prinzipale herauszuschlagen, so könnte es allerdings leicht geschehen, daß die Berliner Arbeiter in eine Bewegung eintreten, um solchem Eigennutz zu begegnen. Die Lösung liegt dazu ein zwingender Grund nicht vor; sollte er aber herausstellen, so mögen die Herren Prinzipale wissen, daß die Arbeiter prompt am Platze sein werden. Mögen alle Herren Innungs-Barbiere gewarnt sein, damit nicht schließlich die selber für den höchsten Sonntagspreis mit sammt ihrer Innung die — allein Barbieren sind.

Im Gastwirthsgewerbe gehen zur Zeit recht merkwürdige Aenderungen vor sich, welche natürlich die Gastwirthschaft selbst am meisten berühren, aber gerade innerhalb der Innungsstände selbst anscheinend am wenigsten begriffen werden. Es handelt sich dabei sowohl um Vorgänge von politischer Bedeutung, als um wirtschaftliche Veränderungen. Das Reichspräsidium hat der hiesigen Gastwirths-Innung neuerdings Vorrechte aus § 100f der Gewerbeordnung verliehen. Ferner haben künftig auch die nicht der Innung angehörenden Gastwirths, sofern sie einen Gehülfen beschäftigen, zu den Innungen für die gemeinnützigen Einrichtungen der Innung beizutragen. Zu diesen gemeinnützigen Einrichtungen wird insbesondere die „Innungs-Zeitung“ gerechnet; die Innung leistet sich natürlich den Luxus eines eigenen Organs, das natürlich außerhalb der Innung kein Mensch liest und das daher mit Unterbilanz bedient. Unter den 8000 Berliner Gastwirths hat die genannte Innung, welche zu Gunsten der nur wenige hundert Mitglieder zählenden Innung erlassen worden ist, einen ebenso erheblichen wie berechtigten Widerstand hervorgerufen; es ist ein schärfes Protest erhoben und die Entscheidung der höheren Instanz angefordert worden. Daß man aber durch ein Uebermaß von Willkür gegen die Polizei das Polizeipräsidium zu einer so absoluten und einschneidenden Vorgehen selbst ermutigt worden eingeladen hat, begehen unter den Gastwirths noch sehr bedauerliche. Politisch oppositionelle Elemente wurden aus den Vereinigungen der Gastwirths hinangeführt, geschweige denn in ihren berechtigten Interessen geschützt; der Fall ist doch einer für viele, sozialdemokratische Gastwirths wissen von der Handlung seitens der Gastwirthsvereine noch Besseres zu erzählen. Wir trennen keine Politik und sind ebenso patriottisch wie die Innung, rufen diese Vereine ist. Sie sollten die Politik genau ebenso aus, wie die Innung vereine die Politik ausschließen; Politik ist verpönt, aber die Regierung unterstützen ist nicht Politik. Daß die freien Innungen der Innung an chauvinistischem Patriotismus nicht nachlassen ist ganz richtig; auch einer der letzten Bestatitel des Reichshauses verleiht, die Innung in dieser Beziehung als Vorbild zu bieten kann. — weih genau, was sie die Innung übermitteln bieten kann.

Trotz ihres politischen Servilismus rechnen die Gastwirthsvereinigungen auf die Unterstützung von unten, aus der Masse des Publikums, wenn sie den Kampf gegen die Innungsvereine aufnehmen und sich gegen deren immer geschäftlicher werdende Konkurrenz wehren. (N. A. hat kürzlich eine Brauereiwahl ihrem Defonon 15 000 M. jährlichen Zuschuß zur Verfügung gestellt.) Sie nennen diese Konkurrenz „unmorale“. Sie sind nicht unmoralischer als die moderne Konkurrenz überhaupt, die auf irgend einem anderen Gebiete. Vielmehr beschleunigt der Großbetrieb das Ende der schrankenlosen Konkurrenz.

unde im Gastwirthsgewerbe entfällt, der wirkt als in anderen Gewerben. Der Großbetrieb im Gastwirthsgewerbe wird anders...

Aber selbst das persönliche Mitgefühl wird vermindert, wenn man sieht, welche Sonderung die Gastwirthe des tonangebenden Schlags ihrerseits im Publikum vornehmen. Wir wollen ein Beispiel erzählen. Es zeigt sich dabei, daß von gewissen Gastwirthen nicht bloß ein Theil des Publikums mehr...

Groß-Feuer. Ein intensiver Feuersturm und gewaltige Rauchwolken, welche sich in der Nacht zum Sonntag über den Norden Berlins ausbreiteten, veränderten verpöbelten Passanten in der zweiten Stunde den Ausdruck einer heftigen Feuer...

Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich vorgestern Nachmittag in der Rosenhale-Strasse. Der Hausdiener Augustin, ein Familienvater, fuhr mit einem Handwagen die Rosenhale-Strasse entlang, als plötzlich ein von dem Kutscher geführter Bierwagen an ihm vorbeifuhr. Der Bierwagen wurde bei Seite geschleudert und Augustin erhielt einen sehr wichtigen Schlag gegen Brust und Leib, doch er zusammenbrach und augenblicklich verschied. Der Kutscher Richter, welchem man die Schuld an dem Unglück beimißt, wurde gestern früh der königlichen Staatsanwaltschaft vorgeführt. Der verstorbene R. litt keinerlei äußere Verletzungen.

Wieder ein Defraudant. In dem Wiesnstrassen Kellergeschäft sind kürzlich sehr umfangreiche Unterschlagungen entdeckt worden. Die der ungetreue Kassierer Hartwig seit längerer Zeit sich hat zu Schulden kommen lassen. Diefelben betragen die Höhe von 22000 Mark irreiner. Hartwig, ein junger Mann Ende der Zwanziger, hat auf großem Fuße gelebt; der Aufwand, den er trieb, stand mit seinem Gehalt von 6000 M. in keinem Verhältniß. Beispielsweise hatte er nicht weniger als 21 Anzüge. Besonders interessirte er sich für Musikinstrumente, und er soll für Zaubersprüche Unsummen Geldes ausgegeben haben. Der Defraudant befindet sich bereits hinter Schloß und Riegel.

Ein Unfall auf Tod und Leben machte in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag der in der Freienwalderstrasse wohnende Droschkentischer R. K. hatte Nachtdroschke gefahren und befand sich gegen 2 Uhr Morgens auf dem Dachhausewege nach seiner Wohnung, dabei die Brunnenstrasse passierend. In der Nähe der Rügenstrasse wurde das vor die Droschke gespannte Pferd plötzlich schein und raste in wildem Galopp genannte Straße entlang, das Fuhrwerk nach rechts und links schwebend und nur mit Mühe vermochte R., der jede Herrschaft über das Pferd verloren, sich auf dem Fuhrwerk zu halten. Das Pferd durchstieß nun die menschenleere Bad- und Stettinerstrasse, bis in der Wellermannstrasse das Gefährt gegen eine Bordwand geschleudert wurde, wodurch R. vom Hochfel und beunruhigt auf dem Fahrdamm liegen blieb. Wenige Minuten später hielt die fahrerlose Droschke vor der Rückwand des Hauses, in der Freienwalderstrasse und da mehrere Bewohner des Hauses, vor der Thür stehend, das Gerannachen der Droschke ohne R. gewahrten, vermuthete man mit Recht, daß dem Kutscher ein Unfall passirt sei. Sofort wurden nun die daranstehenden Straßen abgesperrt und man fand in der That den R., noch immer bewußlos und fast blutend an der eben erwähnten Ecke der Stettiner- und Wellermannstrasse liegend. Der Verwundete wurde zu einem in der Nähe wohnenden Arzt geschafft, welcher sofort einen Nothverband anlegte und die Ueberführung des R. nach seiner Wohnung veranlaßte.

Von der Lokalkommission in Rixdorf geht uns die Mittheilung zu, daß der Restaurateur Troll, Knesebede, sein Lokal zu Veranlassungen vorweigert. Herr Troll war eine Bedenkfrist bis vorigen Donnerstag, die schließlich bis Sonntag ausgedehnt wurde, gestakelt worden. Da Herr Troll aber kein Lebenszeichen von sich gab, so ist anzunehmen, daß er auf den Besuch der Arbeiter verzichtet.

Holzi-Vericht. Am 16. d. M. Vormittags wurde der Maurerpoiter Geel in der Portierloge des im Neubau befindlichen Hauses Friedrichstraße Nr. 236 bewußlos mit flackerndem linken Arm aufgefunden und nach der Charité gebracht. Geel hatte sich etwa 2 Stunden vorher zur Erledigung schriftlicher Arbeiten in diesen Raum begeben und daselbst zur Erwärmung einen Topf mit glühenden Holzlohlen aufgestellt. Durch den Dampf betäubt, schmeit er vom Stuhle auf die Kohlen gefallen zu sein, so daß er am Arm bedeutende Brandwunden erlitt. — An demselben Tage Abends fuhr ein schwerer Bierwagen mit einem Handwagen vor dem Hause Rosenhalestraße Nr. 21 derartig zusammen, daß die Scheerobäume des Handwagens, zwischen welchen sich der Führer befand, mit solcher Gewalt gegen seine Brust schlugen, daß er sofort beunruhigt niederstürzte und nach kurzer Zeit starb. — In der Nacht zum 17. d. M. brach in der Mälzerei der Aktienbrauerei Moabit (früher Arend) auf dem Berliner Lagerhofe ein großer Brand aus, durch welchen der Dachstuhl zerstört wurde. Die Feuerwehr löschte das Feuer nach Verlauf von zwei Stunden. — Am 17. d. M. Vormittag wurde das Pferd einer vor dem Hause Louisenstraße 17 lebenden Droschke schein und lief nach dem Neuen Thor zu. Als ein Mann dem Pferde in die Zügel zu fallen versuchte, wurde er von demselben zu Boden gerissen und überfahren, so daß er eine schwere Quetschung des Oberschenkels erlitt. — Abends schlug der Maurer Hoppe auf dem Hofe des Grundstücks Mülkenstr. 130 einem Stellmacher, mit welchem er vorher in der Schankwirthschaft von Thielisch, Mülkenstraße 53 A, in Streit gerathen war, mit einem Beil auf den Kopf und brachte demselben dadurch eine bedeutende Verletzung bei. — In der Nacht zum 18. d. M. wurde ein obdachloser Arbeiter vor dem Grundstück Schönhauser Allee 115 mit mehreren Messerstichen in der Schulter aufgefunden und nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Seinen Angaben zufolge ist er von mehreren Personen überfallen und mit dem Messer gestochen worden. — Zu derselben Zeit fanden in der Wienerstr. 21 und Leipzigerstr. 13 B kleinere Brände statt, welche von der Feuerwehr gelöscht wurden.

Theater.

x. Dritte Aufführung der „Freien Bühne“. Diesen Sonntag erschienen Gensler, aber nicht die Josen'schen, auf der „Freien Bühne“. Die „Henriette Marechal“ der beiden Brüder Goncourt ward aus wohlbedientem Todtenschlaf wieder an's Tageslicht heraufbeschworen. Jedes Bemühen, einen Lebensfunken in diesem abgestorbenen Körper zu entzünden, blieb vergeblich. Wie leichenblass nahmen sich alle die Theaterpuppen aus, wenn man sie mit den lebensvollen Gestalten Josen's und Hauptmann's verglich, die wir an den ersten beiden Schauspieltagen auf eben dieser Bühne hatten sprechen und handeln sehen! Die Brüder Goncourt, die sich als Väter der unglücklichen „Henriette Marechal“ bezeichnen, erfreuen sich im übrigen eines durchaus guten Rufes. Ja, sie gelten in engeren Kreisen sogar als die ersten und energigsten Vorkämpfer des Realismus, und selbst Zola führte sie seiner Zeit als die Meister der modernen literarischen Schule an. Ihr berühmtester Roman „Germinie Lacerteux“ behandelt die traurige Liebesgeschichte eines armen Dienstmädchens und zeugt von großem Wahrheitsfinn, tief eindringender Beobachtung und energischer Darstellungskraft, kurz von all den guten Eigenschaften, welche ihrer „Henriette Marechal“ so völlig abgehen.

Von dem Anfang des ersten Aktes abgesehen, der in einigen ledigen Jügen das Kokettentreiben eines großen Pariser Maskenballes ohne Schminke darstellt, leidet alles Uebrige an ungläublicher Unwahrscheinlichkeit. Nirgends bringt ein erfrischender Hauch wirklichen Lebens in diese sentimental-frivole Theaterwelt herein, die wie ein Spuk an uns vorüberzieht. Die Gesellschaft, welche sich in dieser Welt bewegt, ist die gemöhnliche der französischen Komödie. Natürlich fehlt auch nicht die unverstandene große Dame, die sich an der Seite ihres angehauchten Herrn Gemahls um Sterben langweilt, der Abwechslung wegen einen Liebhaber wünscht und — ihn findet. Das Unglück will aber, daß sich ihre Tochter Henriette, nach welcher das Stück getauft ist, in denselben unausstehlichen jungen Menschen verliebt. Ritten in ihrem gemöhnlichsmöglichen Ehebruch erzählt Frau Marechal von dieser Neigung und nun beginnt die Apotheose. Ihren Mann zu betrogen, das hat die gnädige Frau mit leichter Mühe über das Herz gebracht, aber der Verliebtheit der Fräulein Tochter im Wege zu stehen, nein das wäre zu grauam! Frau Marechal die Gemahlin brach die Ehe, Frau Marechal die Mutter sagt sich vom Ehebruch los; in lebenswürdiger Rücksichtnahme auf das Nährungsbedürfnis des Theaterpublikums — verzichtet sie. Der junge Mensch, auf den verzichtet werden soll, ist aber damit erklärlicher Weise höchst unzufrieden. Sobald er die Absage erhalten, bringt er in das Zimmer seiner Geliebten, spricht eine große Reihe sehr leidenschaftlicher und großer Worte, bittet und beschwört, bis es ein mal an der Thüre pocht. Das ist natürlich Herr Marechal, der als richtiger Theatergatte die Mission hat, zu guterletzt die Frau Gemahlin bei einem E. Ubidien zu überraschen, und der zur Erhöhung des Effektes gleich eine geladene Pistole mitbringt. Fräulein Henriette, welche, wie schon erwähnt, den Liebhaber ihrer Mutter gleichfalls liebt, kommt aus einem Nebenraume hereingestürzt, begreift die Situation, verzögert den jungen Menschen und löst die Lampen aus. Da weicht endlich das Schloß, an dem Herr Marechal so lange gezerrt hat, er hält in der Dunkelheit Henriette für seine ehebrecherische Frau und erschießt das arme Mädchen mit seiner Theaterpistole. Das einzige Glück dabei ist, daß nun wenigstens der Vorhang fallen muß.

Edmond de Goncourt prophezeite 1879 dem Theater als einer Kunststätte den Untergang. „In fünfzig Jahren spätestens wird die Bühne zu einer großen Belustigung geworden sein und wird nicht mehr gemein haben mit der Literatur, dem Stil, dem Sinne für das Schöne; sie wird ihren Platz einnehmen zwischen der Vorführung gelehrter Dunde und der Ausstellung von sprechenden Puppen.“ Haben die Herren mit ihrem Theaterstücke dieser Entwicklung vielleicht vorarbeiten wollen? Man könnte fast auf den Gedanken verfallen. Und hat die „Freie Bühne“ durch diese Aufführung vielleicht auf die Gefahr einer solchen Entwicklung aufmerksam machen wollen? Offenlich geht Goncourt's Prophezeiung, wie die meisten andern, nicht in Erfüllung, hoffentlich kann uns die „Freie Bühne“ noch manches ethisch solide, tüchtig wahrhaftige Bild des Lebens auf ihren Brettern zeigen.

Die Aufführung von Shalepeare's „König Lear“ mit Ludwiga Barnay in der Titelrolle hatte am Sonnabend das „Berliner Theater“ bis auf den letzten Platz gefüllt. Es war das erste Mal, daß Barnay uns in der Rolle des Lear gegenüberstand, in dieser Rolle, welche die höchsten Anforderungen an den Schauspieler stellt, aber auch eine derjenigen ist, die unser Herz in seinen tiefsten Tiefen aufwühlen und so den höchsten Triumph der Schauspielkunst bedeuten. Es giebt nichts Tragischeres als das Schicksal Lear's. Ein mächtiger Herrscher, jahronig, launenhaft, despotisch, wie es nur immer ein vom Glück vermöhntes Menschenkind sein kann, tritt er uns entgegen, um dann vor unseren Augen den bitteren Reiz des Unglücks bis auf die Nenge zu leeren.

Barnay war in der Schenkungsszene des ersten Aktes eine wahrhaft königliche Erscheinung, der auch der wilde Jornesausbruch bei den Worten Cordelia's nichts von ihrer Größe nahm. Es war eben die Empörung einer leidenschaftlichen, gewaltthätigen Natur, welche niemals gelernt hat, ihren Wünschen

und Leidenschaftlichen Zwang anzuhun und die gewohnt ist, einzig und allein ihren Willen herrschen zu sehen über sich und Andere. Mit erschreckender Gewalt trat diese wilde Leidenschaftlichkeit im zweiten Akte Goncil gegenüber zu Tage. Wie ein vom Sturm aufgewühltes Meer, das seine schäumenden Wogen mit gemaltigem Anprall dumpf gegen den Strand schleudert, so ergoß sich sein Jorn über Goncil. Eine Steigerung war nicht denkbar. Und so erschien uns auch Lear's Entrüstung gegenüber mairt und farblos gegenüber diesem elementaren Ausbruch. Auch in der nächsten Szene auf der Heide, wo die Elemente sich verschworen zu haben scheinen mit den herzlosen Töchtern; wo Lear, vom Sturm gepeitscht, hilflos und elend den entfesselten Elementen preisgegeben, dem Wahnsinn nahe, umherirrt: war Barnay nicht auf der Höhe seiner Leistungsfähigkeit, die er erst in der erschütternden, grotesken Gerichtsszene wieder erreichte. Dann aber ging es aufwärts in gewaltiger Steigerung. Die mächtige Szene am Strande von Dover, wo der wahnsinnige König dem blinden Moller begegnet, war geradezu überwältigend. Ein bewunderungswürdiger Naturalismus der Darstellung vereinte sich hier mit dem feinfühligsten Verständniß des philosophischen Gehaltes dieser Szene, in welche Shalepeare, der Einzige, so viel Weisheit und tiefe Menschenkenntniß legte.

Auch die Wiedererkennungsszene mit Cordelia war ein Glanzpunkt der Darstellung. Die Hilflosigkeit des Kranken, seine Weichheit und Unsicherheit, die Schüchternheit, mit welcher der nicht so Selbstgewisse seiner Umgebung begegnet; die ganze Liebendwürdigkeit dieser Natur, welche nun, da das Unglück seinen unzählbaren Sinn gebändigt, so rührend hervortritt: nichts fehlte dieser ehrwürdigen, gedruckenen Gestalt um deren Haupt der Glorienschein des Duldes schwebt.

Ludwig Barnay aber kann auf diese Leistung stolz sein. Es giebt zur Zeit in Berlin keinen zweiten Schauspieler, der den Lear so spielen könnte. Der Einzige, der dies vermöchte, Josef Rainy ist zu jung, als daß er noch auf Jahre hinaus sich an diese Aufgabe wagen könnte.

Sehr gut war der Kent Krauhed's, frisch und warmherzig. Den Ratten spielte Herr Stahl, meiner Meinung nach zu gefühlvoll. Das Gefühl sollte bei ihm — widerwärtig fogar — bei seinen ledigen Worten und Liedern durchbrechen, nicht sich in vollster Absichtlichkeit geben.

Herr Drach als Edmund und Fr. Baumgart als Goncil wurden mit ihren undankbaren Rollen sehr gut fertig. Die Cordelia des Fr. Hod war viel zu weinerlich. Wessen Empfinden so keusch ist, daß es sich durch Worte zu entweiden fürchtet, der weiß auch seinen Schmerz mit mehr Würde zu tragen.

Ganz unmöglich war Fr. Stöhr als Regan. I. J.

Gerichts-Beitrag.

Man sollte glauben, es handelte sich um einen hochwichtigen Sensationsprozess, so sehr drängte sich das Publikum in den Zuscherraum der 94. Abtheilung des Schöffengerichts, als gestern daselbst die Pate „Schulze“ aufgerufen wurde und dann der Angeklagte nebst seinem Verteidiger und einer staatlichen Anzahl Zeugen im Gefolge den Saal betrat. Es drehte sich aber dabei um eine ganz allgütliche Hofgeschicht. Der Angeklagte, der Handelsmann Schulze, sollte die Bismarckin, Frau Gliese, mit dem Verbrechen des Todtschlags bedroht haben. Es wurde in hundertlanger Verhandlung folgender Thalbestand festgestellt: Schulze hieb eines Sonntags Morgens auf dem Hofe Holz. Die Bismarckin unterlagte ihm dies unter Hinweis auf die vom gestrenkten Herrn Eigenthümer erlassene Hausordnung. Schulze erklärte, die Bismarckin habe ihm nichts zu sagen, er hole weiter. Als er eine Paule machte, um ein neues Stück Holz auf den Block zu legen, kam die Bismarckin ihm zuvor, sie legte sich selbst mit außerordentlicher Geschwindigkeit auf den Block, den sie total bedeckte. So sagte sie triumphirend, „nun haue Sie mal zu!“ Schulze maß die vor ihm Sitzende mit gütlichen Blicken. „Behen Sie weg, oder ich haue zu!“ rief er wobei er mit der Rechten in der erhobenen Rechten schwenkte. Frau Gliese blieb sitzen und Schulze hieb nicht zu. — Auf die Denunziation der Frau Gliese hin, wurde gegen Schulze Anklage wegen Bedrohung erhoben. Nachdem in dieser Sache zehn Tage geleistet worden waren, der Staatsanwalt für Schuldig und der Verteidiger für Nichtschuldig plaidirt hatte, erkannte der Gerichtshof unter atemberaubender Spannung der Zuhörerschaft dahin, daß Herr Schulze freizusprechen sei. Da Frau Gliese ruhig auf dem Block sitzen geblieben sei, so habe sie sich vor der Drohung, die überhaupt nicht ernst gemeint gewesen, auch nicht gefürchtet.

Soziale Uebersicht.

Anruf an alle in Buchbindereien, Album-, Karton- und Lederwaarenfabriken, sowie verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter. Arbeiter! Kollegen! Wie Ihr wißt, ist in einer öffentlichen Verammlung beschlossen worden, im nächsten Jahre in eine Bewegung behufs Verfüzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden einzutreten, um durch eine kürzere Arbeitszeit eine materielle und geistige Besserstellung der Arbeiter unseres Gewerks zu erzielen. Zu diesem Zwecke wurde eine Kommission, bestehend aus 15 Arbeitern der verschiedenen Branchen des Gewerks, gewählt. In Erwägung, daß vor allen Dingen eine gefüllte Kasse vorhanden sein muß, um zu unserem Ziele zu gelangen, hat die Kommission Quittungsfaxen und Marken drucken lassen zwecks Sammlung eines Fonds. Es ist jeder Arbeiter unseres Gewerks moralisch verpflichtet, eine solche Karte zu haben und die darin einzuklebenden Marken, a 20 Pfennig, zu kaufen. Karten und Marken sind in allen Verammungen der vier bestehenden Branchenvereine, in deren Arbeitsnachweisen und bei den nachstehenden Kommissions-Mitgliedern zu haben; ebenso sind dort von 10 Pf. zum Vertriebe bei anderen Gewerkschaften zu entnehmen. Die Kommissions-Mitglieder sind: M. Marwich, Rauenstr. 25; F. Feldmann, Sophienstr. 20/27, b. Reuscher; W. Tilgner, Bärwalderstr. 49; G. Wilsch, Köpenickerstr. 157, bei West; A. Schuber, Brandenburgstr. 21, Hof part.; Schnabel, Doppelnerstr. 20, Quergeb. 2 Tr.; G. Ohn, Wendenstr. 4, 4 Tr.; R. Wunsche, Elisabeth-Str. 42, Hof 3 Tr.; Risse, Schönhauser Allee 78; G. Köhler, Urbanstr. 52; G. Kamann, Gräfelstr. 82; Ahner, Dresdenstr. 124; R. Basse, Brandenburgstr. 21, bei Schmolke; D. Greiffenberg, Dissenbacherstr. 28, 3 Tr.; W. Wach, Köpenickerstr. 157, 4 Tr., bei West. Für die Kommission: Der Schriftführer. — NB. Die Kommission bittet um recht rege Theilnahme an der Statistik des Fachvereins der Buchbinder, da ihr dieselbe als Material dienen soll.

Zus Aurdlinburg, 16. November, wird uns gemeldet, daß in der Eisenhütte Thale ein Streik ausgebrochen ist. Nach dem Telegramme handelt es sich hauptsächlich um Klempner und Metallbrücker. Zugug ist fernzuhalten.

Versammlungen.

Eine große Volksversammlung fand unter Leitung des Herrn Wilschle am Donnerstag, den 10. d. M., auf Livoli statt. Herr Rechtsanwalt Arthur Stadthagen sprach

